

01/I/2019

Beschluss

Annahme in geänderter Fassung

Unser Land zusammenhalten! EIN Brandenburg.

REGIERUNGSPROGRAMM DER SPD BRANDENBURG 2019-2024

Einstimmiger Beschluss des Landesparteitages am 11. Mai 2019.

I. Unser Land zusammenhalten!

In diesem Jahr feiern wir den 30. Jahrestag der friedlichen Revolution in Deutschland. Was für ein Jahr – auch für uns märkische Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten! Von Beginn an haben wir für unser Land politische Verantwortung übernommen. Heute – 30 Jahre später – können wir stolz sein auf vieles, was wir seitdem erreicht haben. Aber wir müssen auch kritisch auf die Dinge schauen, die nicht so gut gelungen sind. Und wo das der Fall ist, müssen wir uns an die Arbeit machen. Wir! Denn wir sind davon überzeugt, dass keine andere Partei ein besseres Politikangebot für Brandenburg hat als die SPD. Wir sind offenbar nicht die Einzigen, die stolz auf das seit 1989 Erreichte blicken. Den Umfragen zufolge sagen 97 Prozent der Menschen: Wir leben gern hier.

Es lebt sich gut in unserem Land. Brandenburg ist Heimat. Immer mehr Menschen entdecken Brandenburg als den richtigen Platz, um ihr neues Zuhause zu gründen. Und immer mehr ehemalige Brandenburgerinnen und Brandenburger kehren in ihre alte Heimat zurück. Die Chancen für junge Menschen, einen erfüllenden Beruf zu finden und auszuüben, waren noch nie so gut wie heute. Die Arbeitslosigkeit in Brandenburg hat einen historischen Tiefstand erreicht. Brandenburg steht finanziell gesund da. Schon seit 2011 kommt unser Landeshaushalt ganz ohne neue Schulden aus.

Brandenburg hat seit 1990 seine eigene Erfolgsgeschichte geschrieben. Dabei wissen wir: Nicht alle Menschen im Land sehen sich daran angemessen beteiligt. Manche vermissen Respekt für ihre Lebensleistung in den vergangenen Jahrzehnten. Andere fürchten um die Zukunft ihrer heimatlichen Region und ihres Arbeitsplatzes, weil sich wirtschaftliche und industrielle Strukturen weiter verändern. Wieder andere zweifeln, dass es möglich ist, die vor allem in den Jahren 2015 und 2016 vor Krieg und Verfolgung nach Brandenburg geflohenen Menschen erfolgreich in unsere Gesellschaft einzugliedern.

Keine dieser Sorgen ist aus der Luft gegriffen, längst nicht alle Probleme in unserem Land sind gelöst. Und gerade dynamische Entwicklungsprozesse, wie wir sie bei uns in Brandenburg erleben, verursachen als Nebeneffekt immer auch „Wachstumsschmerzen“. Gleichzeitig ist die Perspektive „EIN Brandenburg für alle“ realistischer denn je. Denn die politischen Rahmenbedingungen dafür, dass kein Mensch und keine Region in Brandenburg zurückbleiben muss, waren noch niemals so günstig wie heute:

- Heute erlaubt es die gute wirtschaftliche Situation Brandenburgs, das große Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse im ganzen Land Stück für Stück zu verwirklichen. Die anhaltend hohe Nachfrage nach Arbeitskräften sorgt für neue berufliche Chancen.
- Heute können wir jedem Kind die Möglichkeit bieten, auf der sozialen Leiter nach oben zu gelangen. Der Erfolg in unseren Schulen hängt immer weniger vom Geldbeutel der Eltern, vom Geschlecht oder der Herkunft ab. Es geht nun darum, alle Hindernisse aus dem Weg zu räumen, die sozialem Aufstieg entgegenstehen. Armut darf nicht „vererbt“ werden.
- Heute erleben wir, dass unser gesamtes Land von der Wachstumsdynamik der Metropolregion Berlin-Brandenburg

profitiert.

- Heute gehen ähnlich positive Impulse für Brandenburg auch von Dresden, Leipzig, Stettin und Hamburg aus. Dadurch verkleinern sich die Unterschiede in unserem Land.
- Heute erleben wir, wie Digitalisierung Wohnen und Arbeiten neu verbindet. Für Brandenburg – mit seiner hohen Lebensqualität – ergeben sich dadurch neue Möglichkeiten wirtschaftlichen Wachstums.

Diesen Reichtum an Möglichkeiten für die Menschen in unserem Land, gut und nach ihren eigenen Vorstellungen zu leben, wollen wir bewahren. Das wird nur gelingen, wenn wir in Brandenburg den Zusammenhalt und die Verantwortung füreinander stärken. Ohne diesen gelebten Zusammenhalt stünde Brandenburg heute weitaus schlechter da. Es ist dieser Zusammenhalt, der vielen Menschen das Gefühl von Heimat gibt.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten verstehen unter Heimat Sicherheit und Geborgenheit ebenso wie Modernität und gegenseitigen Respekt. Danach handeln wir für die Menschen in ganz Brandenburg:

- Nur ein soziales Land mit einer funktionierenden parlamentarischen Demokratie, mit starken öffentlichen Institutionen, in dem die Bürgerinnen und Bürger zusammenhalten, ist ein verlässliches Zuhause. Hier übernehmen Menschen füreinander Verantwortung, hier bringen sie sich in ihr Gemeinwesen ein.
- Nur ein sicheres Land gibt Menschen das nötige Vertrauen, um ihr Leben nach den eigenen Vorstellungen und Fähigkeiten zu verwirklichen. Dabei ist Sicherheit immer zweierlei – Recht und Ordnung genauso wie soziale Absicherung.
- Nur ein offenes Land, das für Menschen attraktiv ist und ihnen Perspektiven bietet, hat auch Zukunft. Nur so gewinnen wir immer weiter an Kraft, nur so bleiben wir ökonomisch stark und aufgeschlossen für neue Entwicklungschancen.
- Nur ein modernes Land kann die Ansprüche und Erwartungen seiner Menschen erfüllen. Dabei kommt es auf die soziale und technische Infrastruktur an, auf eine wirksame Strukturentwicklung aller Regionen aus einem Guss sowie auf eine funktionierende Daseinsvorsorge auf dem Stand der Zeit.

Das Land Brandenburg in seiner Vielfalt zusammenzuhalten und alle Regionen gleichermaßen zu ihrem Recht kommen zu lassen – das war, ist und bleibt die größte Herausforderung. Es ist zugleich die wichtigste Aufgabe der Politik in unserem Land. Gerade in Zeiten des Wandels, emotionaler Unsicherheit und gesellschaftlicher Spaltungsversuche brauchen Menschen vertrauten Boden unter den Füßen. Sie müssen sich darauf verlassen können, dass die Dinge dort, wo sie ihren Lebensmittelpunkt haben, verlässlich sind und sich von ihnen mitgestalten lassen.

Das ist unsere Vorstellung von diesem Land, unsere Idee für unsere Heimat Brandenburg: Ein modernes Land. Ein soziales Land. Ein sicheres Land. Ein gerechtes Land. Ein solidarisches Land.

Ein Land, in dem Menschen zusammenhalten.

Denn es gibt nur EIN Brandenburg!

II. 20 Ziele für EIN Brandenburg

1. Wir wollen EIN Brandenburg, in dem Kinder gesund und glücklich aufwachsen

Das Zuhause – für die meisten Menschen ist das der Ort, an dem sie sich niederlassen und eine Familie gründen. Neben guten Arbeitsplätzen interessiert sie vor allem, ob ihre Kinder und Enkel gesund und glücklich aufwachsen können, ob ihnen alle Chancen offenstehen.

Um unseren Kindern die bestmöglichen Start- und Aufstiegschancen zu bieten, fangen wir in Brandenburg so früh wie möglich damit an, unsere Kinder zu fördern. Unsere „Netzwerke Gesunde Kinder“ beraten und unterstützen Eltern schon während der Schwangerschaft. Dabei begleiten speziell geschulte, ehrenamtlich tätige und professionell koordinierte Patinnen und Paten Eltern bei der gesundheitlichen und sozialen Entwicklung ihrer Kinder. Das ist uns wichtig, weil wir Eltern die notwendige Sicherheit im Alltag geben und bei Bedarf schnell und lösungsorientiert Hilfen anbieten wollen. Gerade die vorsorgende Wirkung der Netzwerke hat sich bewährt. Aufgrund dieses Erfolges und der steigenden Kinderzahlen werden wir die Förderung um eine Million Euro jährlich erhöhen.

Die zentralen Pfeiler der frühkindlichen Bildung sind unsere Kitas. Brandenburg hat eines der dichtesten Kita- und Hortnetze in Deutschland. Krippe und Kindergarten spielen eine wichtige Rolle beim Spracherwerb und der guten, gesunden Entwicklung aller Kinder. Zugleich ermöglichen sie den Eltern, Familie und Beruf unter einen Hut zu bekommen. Deshalb wollen wir die Kitas als Bildungseinrichtungen stärken und die Qualität der Betreuung weiter verbessern:

- Wir werden die Kitagruppen weiter verkleinern. Ab dem 1. August 2020 senken wir den Personalschlüssel in der Krippe schrittweise auf 1 zu 4. Im Kindergarten werden wir den Personalschlüssel schrittweise auf 1 zu 9 verbessern. Damit unterstützen etwa 1.600 zusätzliche Erzieherinnen und Erzieher die Arbeit der Kitas. Bis zum Ende des kommenden Jahrzehnts soll die Größe der Kitagruppen auf 3 bzw. 8 Kinder pro Betreuungskraft sinken. Es kommt darauf an, den Erzieherinnen und Erziehern mehr Zeit für die Kinder zu geben. Statt abstrakter Betreuungsrelationen entwickeln wir so einen echten Brandenburger Bildungsschlüssel.
- Im Hortbereich werden wir den Personalschlüssel schrittweise von 1 zu 15 auf 1 zu 13 verbessern. Damit werden fast 400 zusätzliche Fachkräfte die Kinder in den Horten betreuen.
- Um die Verbesserungen in Kitas und Horten zu erreichen, erhöhen wir die Ausbildungskapazitäten für Erzieherinnen und Erzieher. Zusammen mit den Kommunen und freien Trägern werden wir daran arbeiten, diesen Beruf attraktiver zu gestalten. Die in die Praxis integrierten Ausbildungs- und Qualifizierungsangebote bauen wir aus. Um Qualitätsverluste zu vermeiden und das Ausbildungsniveau zu verbessern, gilt es, die bewährten Wege der berufsbegleitenden Ausbildung zu verstärken – und gleichzeitig weiterhin Träger dafür zu gewinnen, Auszubildende bereits in der Phase der Berufsausbildung in der Kita zu beschäftigen. Für die Ausbildungskosten sollen die angehenden Erzieherinnen und Erzieher einen Zuschuss erhalten.
- Die erfolgreichen Modelle Sprach- und Kiezkitas werden wir ausbauen. Bis zum Jahr 2023 wollen wir 100 weitere Kiezkitas schaffen und dafür sorgen, dass mehr Personal dort tätig werden kann.
- Das Investitionsprogramm für Kindertagesstätten und Horte (100-Kita-Programm) setzen wir fort. Dafür stellen wir jährlich 5 Millionen Euro zur Verfügung.
- Das Programm zur Finanzierung verlängerter Betreuungszeiten entwickeln wir bedarfsgerecht weiter. So erhöhen wir die Qualität in den Kitas und tragen dazu bei, dass Eltern Berufsalltag und Familienleben besser miteinander in Einklang bringen können.
- Gemeinsam mit den Kommunalen Spitzenverbänden, den betroffenen Interessengruppen und Elternvertretungen werden wir das Kitagesetz grundlegend überarbeiten.

Die Jugendzeit ist vielleicht die aufregendste Zeit in unserem Leben. Wir wollen, dass junge Menschen in Brandenburg eine glückliche Jugend erleben, sich wohlfühlen und Lust bekommen, Brandenburg mitzugestalten. Dazu gehört, dass wir Jugendlichen mit Respekt auf Augenhöhe begegnen und ihnen ermöglichen, aktiv für ihre Interessen einzutreten. Wir wollen die Kommunen dabei unterstützen, Kinder- und Jugendbeteiligung praktikabler zu machen. Zudem wollen wir die außerschulische Jugendarbeit stärken und die Zusammenarbeit von Ganztagschulen mit den im Landesjugendring organisierten Verbänden sowie den freien Trägern der Jugendarbeit fördern.

2. Wir wollen EIN Brandenburg, in dem Bildung nicht vom Geldbeutel abhängt

Wir wollen Aufstieg durch Bildung ermöglichen. Dafür müssen wir allen Kindern und Jugendlichen gleiche Chancen bieten. Ihr Erfolg darf nicht vom Geldbeutel der Eltern, vom Geschlecht oder der Herkunft abhängen. Dafür steht die Sozialdemokratie in Deutschland seit mehr als 150 Jahren.

Wir wollen, dass Bildung von der Kita über die Schule bis zur Berufsausbildung oder zum Studium in Brandenburg für Eltern, Kinder und Jugendliche endlich vollständig kostenfrei wird. Dazu zählen für uns auch die flächendeckende Schülerbeförderung und das Mittagessen in Kitas und Schulen. Dieses große Ziel wollen wir bis zum Ende des nächsten Jahrzehnts erreichen. Die gute Entwicklung unseres Landes gibt uns dazu erstmals die Möglichkeit.

Zugleich wollen wir auch weiterhin in die Qualität unserer Kitas, Schulen und Hochschulen investieren. Deshalb machen wir uns auf den Weg in ein „Jahrzehnt der Kinder und der Bildung“.

Schule

- Wir werden alle in den kommenden Jahren ausscheidenden Lehrerinnen und Lehrer ersetzen und bis 2024 400 zusätzliche Lehrkräfte an unsere Schulen bringen. Um das zu schaffen, starten wir eine Offensive zur verstärkten Lehrerausbildung. Wir haben bereits beschlossen, die Anzahl der Lehramtsstudienplätze binnen zwei Jahren von aktuell 650 auf 1.000 zu erhöhen. Zur Umsetzung werden wir über 40 Millionen Euro in das Zentrum für Lehrerbildung an der Universität Potsdam investieren. Außerdem setzen wir die Qualifikation und Weiterbildung von Seiten- und Quereinsteigern fort. Finanziell fördern wir lokale Initiativen von Städten und Gemeinden, um Lehrkräfte in alle Landesteile zu bekommen und sie dort zu halten.
- Um die regionale Lehrerinnen- und Lehrerausbildung und -verwurzelung zu unterstützen, richten wir in allen staatlichen Schulamtsbezirken Studienseminare für Lehramtsstudierende ein.
- Um junge Fachkräfte während ihres Studiums finanziell zu entlasten und frühzeitig an das Land Brandenburg zu binden, initiieren wir ein Stipendium für Landlehrerinnen und Landlehrer.
- Kurze Beine brauchen kurze Wege. Darum werden wir Schulstandorte im ganzen Land sichern und auch kleine Schulen im ländlichen Raum erhalten. Hierfür schaffen wir wenn nötig auch sogenannte Filiallösungen. Unser Ziel ist es, auch die weiterführenden Schulen zu stärken. Unser erfolgreiches Programm zur Vermeidung von Unterrichtsausfall setzen wir fort.
- Wir treten für Schulfrieden in unserem Land ein. Brandenburg besitzt ein klar strukturiertes, verlässliches, vielfältiges und durchlässiges Schulsystem. Deshalb werden wir auf grundlegende Strukturveränderungen verzichten. Die Modellversuche zur Schaffung von Schulzentren werden wir weiter fortsetzen. In den kommenden Jahren verbessern wir die Qualität unserer Schulen weiter.
 - Dazu arbeiten wir auch künftig daran, dass keine Jugendlichen die Schule ohne Abschluss verlassen.
 - Wir wollen das Programm für besonders begabte Schülerinnen und Schüler ausbauen.
 - Anhand von Sozialindikatoren wollen wir sogenannte Kiezschnulen einrichten, um bei Bedarf bessere Förderung zu gewährleisten.
 - Ganztägige Betreuungsangebote in Schulen wollen wir ausbauen.
 - Wir werden die Schulleitungen weiter unterstützen und entlasten.

- Wir wollen unsere Schulen für das digitale Zeitalter aufstellen. Das Lernen mit digitalen Medien schreitet weiter voran. Es ist wichtig, die entsprechenden Fähigkeiten der Schülerinnen und Schüler zu entwickeln. Dafür müssen wir die Lehrkräfte weiterbilden sowie die technische Ausstattung und Anwendungen wie die Schul-Cloud bereitstellen. Wir wollen alle Schulen mit moderner und smarter Technik für die Schülerinnen und Schüler ausrüsten.
- Wir wollen, dass alle Kinder möglichst frühzeitig das Schwimmen lernen. Außer den Eltern kommt den Schulen dabei eine wichtige Rolle zu.
- Wir wollen, dass unsere Kinder die Schulen als mündige, selbstbewusste Bürgerinnen und Bürger verlassen. Einen wichtigen Beitrag dazu leistet das Fach Politische Bildung, das auch in der 10. Klasse unterrichtet werden soll.
- Wir setzen uns für ein inklusives Bildungssystem ein und werden Inklusion im Schulgesetz festschreiben. Außerdem ist es unser Ziel, das Inklusionskonzept über die Grundschule hinaus weiter auszubauen. Inklusiver Unterricht bedeutet für uns eine individuelle Förderung aller Kinder und Jugendlichen. Die Schulen für gemeinsames Lernen werden wir mit Augenmaß ausbauen. Inzwischen gibt es fast 200 Schulen, an denen Schülerinnen und Schüler mit und ohne Unterstützungsbedarf (sonderpädagogischen Förderbedarf) zusammen in einer Klasse lernen. Diese Schulen erhalten auch weiterhin zusätzliches Personal sowie eine bessere räumliche und materielle Ausstattung. Mit einem Schulbauförderprogramm wollen wir zudem Grundschulen und Horte enger verzahnen.
- Wir verstärken das Engagement des Landes bei der Schulsozialarbeit. Dabei bauen wir auf bewährte Programme auf. Bis zum Ende des nächsten Jahrzehnts soll es an jeder Schule mindestens eine Sozialarbeiterin oder einen Sozialarbeiter geben.
- Das erfolgreiche Brandenburger Schüler-BAföG setzen wir fort und werden es gemeinsam mit den Kommunen stärker bewerben.
- Wir wollen unsere Jugendlichen gut auf ihre Ausbildung, ihr Studium und den Berufsweg vorbereiten. Dafür ergreifen wir eine Reihe von Maßnahmen:
 - Wir stärken die weiterführenden Schulen, um die Schülerinnen und Schüler bei der Berufswahl und Studienorientierung noch besser zu unterstützen.
 - Die Oberschule als wichtige berufsvorbereitende Schule werden wir weiter stärken und Kooperationen unterstützen.
 - Wir etablieren mehr MINT-Schulen im Land Brandenburg.
 - Wir setzen auf die enge Zusammenarbeit mit unseren Hochschulen, der Bundesagentur für Arbeit und den Handwerks- sowie den Industrie- und Handelskammern. Wir bauen das Duale Studium an den Brandenburgischen Fachhoch- und Hochschulen weiter aus, um gemeinsam mit den Unternehmen und den Wirtschaftskammern dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.
 - Um mehr Schülerinnen und Schülern auch einen möglichen Weg in die Selbständigkeit aufzuzeigen, wollen wir eine Schülerfirmenoffensive starten und die Netzwerke „Schule – Wirtschaft“ verstärkt.
 - Wir setzen uns auf der Bundesebene dafür ein, dass antiquierte Bildungsschranken zwischen den Bundesländern abgebaut werden, auch um Schulwechsel zu erleichtern. Zum Beispiel soll die Vergleichbarkeit von Schulabschlüssen verbessert werden.

- Gemeinsam mit den Trägern und Sozialpartnern wollen wir die berufliche Bildung in den Oberstufenzentren stärken.
- Wir setzen uns für die Ausbildung von Berufsschullehrerinnen und -lehrern in Brandenburg ein. Deshalb wollen wir an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg (BTU) einen entsprechenden Studiengang einrichten.

Wir stehen zum Grundsatz des lebenslangen Lernens. Gemeinsam mit den Trägern, Einrichtungen und Landesorganisationen der Weiterbildung ist es unser Ziel, dass Erwachsene jeden Alters sich weiterbilden und beruflich aufsteigen können.

Wissenschaft

Brandenburg verfügt über eine leistungsfähige Hochschul- und Forschungslandschaft. Unsere acht Hochschulen sind für die weitere erfolgreiche Entwicklung unseres Landes. Sie sind ein zentraler Ort für die Gewinnung von qualifizierten Fachkräften. Deshalb setzen wir die schrittweise Erhöhung der Hochschulfinanzen fort: Die Grundfinanzierung stocken wir in jedem Jahr um 5 Millionen Euro auf. So wollen wir die Studierendenzahlen auf dem heutigen Niveau halten und weiter in die Qualität investieren. Gute Qualität bedeutet für uns neben Forschung und Lehre auch gute soziale Rahmenbedingungen für Studierende. Wir unterstützen die der Studierendenwerke um einen Hochschulsozialpakt und werden uns mit einer Bundesratsinitiative dafür einsetzen. Außerdem wollen wir so die Digitalisierung unser Hochschulen vorantreiben. Die Hochschulen sollen ihre Wissensvermittlung auch über Onlinekurse verbessern.

Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen sollen weiterhin einen wichtigen Beitrag zum Wissenstransfer leisten. Deshalb wollen wir das Zusammenwirken von Unternehmen, Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen mit entsprechenden Förderprogrammen wie dem Brandenburgischen Innovationsgutschein weiter verbessern.

Wir wollen den Transfer der wissenschaftlichen Erkenntnisse unserer Hochschulen in die Wirtschaft und Praxis sicherstellen. Dafür werden wir geeignete Förderprogramme entwickeln und ausfinanzieren.

Eine große Bedeutung kommt hierbei den Präsenzstellen der Hochschule zu. Sie sind das Schaufenster für Unternehmen und Studierende. Mit den Präsenzstellen leisten wir einen wichtigen Beitrag zur Sicherung des regionalen Fachkräftebedarfs und ebenso zur Kooperation der Wissenschaft insbesondere mit Wirtschaft und Zivilgesellschaft vor Ort. Ziel ist es, bestehende und neue Unternehmen mit Wissenschaft und Forschung zu vernetzen, Fachkräfte zu gewinnen und neue Märkte zu erschließen. Wir werden die Präsenz von Hochschulen und Forschungseinrichtungen nach dem jeweiligen Bedarf in der Region erhöhen.

In der Prignitz planen wir eine Zukunftsakademie Brandenburg, die Weiterbildung zum Beispiel im Bereich der Digitalisierung anbietet. Die Präsenzstelle in Schwedt werden wir durch eine noch engere Verknüpfung mit der dortigen Industrie und der Hochschule in Stettin sowie einer neuen Außenstelle in Prenzlau ausbauen.

Ein Schwerpunkt der Stärkung von Wissenschaft und Forschung liegt in der Lausitz durch den perspektivischen Ausbau der BTU Cottbus-Senftenberg, dem Aufbau neuer außeruniversitärer Forschungseinrichtungen und einer Transfereinrichtung in Finsterwalde in der Westlausitz.

Eine zentrale Aufgabe der Hochschulen sehen wir im Bereich der Digitalisierung. Mit der Einrichtung von 25 Digitalisierungslehrstühlen wollen wir innovative interdisziplinäre Forschung ermöglichen, deren Ergebnisse der Brandenburger Wirtschaft zugutekommen.

Im Bereich der Gesundheitsversorgung entwickeln wir die Medizinische Hochschule Brandenburg weiter und setzen auch künftig auf die Förderung des Brandenburgischen Gesundheitscampus – um die Mediziner Ausbildung in Brandenburg zu verbessern. Zudem prüfen wir die Einrichtung eines Pharmaziestudienganges. Wir werden die Universitäts- und Fachhochschulstandorte auch verkehrstechnisch schnell miteinander vernetzen und direkt an Berlin anbinden.

3. Wir wollen EIN Brandenburg, das Familien unterstützt und entlastet

Familien sind das Rückgrat unseres Landes. Es sind Menschen, die füreinander Verantwortung übernehmen. Wir sehen es daher als unsere Pflicht an, Familien zu unterstützen und zu entlasten. Heute ist es für viele Menschen schwer, Familie und Beruf im Alltag zu vereinbaren. Deshalb wollen wir Familien durch ausreichende Betreuungsangebote für Kinder in Kitas und Horten und bessere Möglichkeiten der Pflege unterstützen.

Die verschiedenen Unterstützungsangebote haben wir im Familienpolitischen Maßnahmenpaket verankert. Das Programm umfasst Maßnahmen z. B. zur gesundheitlichen Betreuung von Kindern, zur Bildung, zur Stärkung der Erziehungskompetenz der Eltern und zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit sowie zum Ausbau einer familiengerechten Infrastruktur. Dazu zählen heute rund 50 Lokale Bündnisse für Familie, 19 regionale Netzwerke Gesunde Kinder mit rund 40 Standorten, das Netzwerk Gesunde Kita sowie über 30 Mehrgenerationenhäuser. Dabei arbeiten wir mit den Familienverbänden eng zusammen.

Neben Unterstützungsangeboten geht es uns aber auch darum, Familien finanziell zu entlasten und zu fördern. Damit wollen wir auch Kinderarmut bekämpfen.

- Die Kitabeiträge sind für viele Familien eine erhebliche finanzielle Belastung. Deshalb haben wir damit begonnen, diese Gebühren in Brandenburg abzuschaffen. In einem ersten Schritt haben wir das Vorschuljahr in allen Kitas bereits beitragsfrei gestellt. In einem nächsten Schritt schaffen wir die Kitabeiträge für Familien mit geringen Einkommen für alle Altersgruppen ab. In der kommenden Wahlperiode wollen wir den übrigen Kindergartenzeitraum ab dem dritten Lebensjahr schrittweise beitragsfrei stellen.
- Alle Kinder sollen ein kostenloses und gesundes Mittagessen in den Kitas und Schulen erhalten. Damit stellen wir sicher, dass jedes Kind unabhängig vom Geldbeutel der Eltern eine warme Mahlzeit zu sich nimmt. Wir fördern mit dieser Maßnahme bewusst alle Kinder. Außerdem unterstützen wir so alle Familien finanziell und entlasten sie im Alltag.
- Um Familien in akuten finanziellen Notlagen zu helfen, gibt es seit vielen Jahren die Landesstiftung „Hilfe für Familien in Not“. Sie greift Familien unter die Arme, wenn gesetzliche Ansprüche auf staatliche Leistungen nicht ausreichen, und richtet sich besonders an Alleinerziehende.
- Mit der Pflege von Angehörigen leisten Familien einen unschätzbaren Beitrag zum Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Bei dieser emotional schwierigen und zeitintensiven Arbeit müssen wir Familien helfen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Familien von Pflegekosten entlastet werden und mehr professionelle Unterstützung erhalten können.

4. Wir wollen EIN Brandenburg, das faire, gut bezahlte Arbeit bietet

Brandenburg bietet heute vielen Menschen ein verlässliches Zuhause. Immer mehr Menschen haben hier oder in benachbarten Regionen einen Arbeitsplatz gefunden. Viele von ihnen haben sich mit harter Arbeit einen gewissen Wohlstand aufgebaut. Leider profitieren noch nicht alle Menschen vom wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes.

- Noch immer arbeiten zu viele Brandenburgerinnen und Brandenburger für weniger als 10 Euro. Darum können viele Menschen, besonders alleinerziehende Eltern, kaum von ihrem Monatslohn leben. Hinzu kommt, dass diese Menschen, selbst wenn sie ihr Leben lang Vollzeit gearbeitet haben, im Alter auf Sozialleistungen angewiesen sind, weil die Rente nicht reicht. Darum brauchen wir in Deutschland beim Mindestlohn einen neuen Ansatz. Wir müssen den Mindestlohn vom Ende her denken. Das bedeutet: Er muss so hoch angesetzt werden, dass alle, die Vollzeit arbeiten, von ihm leben können. Und er muss so hoch sein, dass niemand, der Vollzeit arbeitet, im Alter auf öffentliche Hilfe angewiesen ist. Dafür werden wir auf allen politischen Ebenen werben und uns im Bund für eine armutsfeste Höhe von 13 Euro einsetzen. Der Kampf gegen Niedriglöhne bleibt für uns eine vordringliche Aufgabe.

- Dort, wo wir als Bundesland eigenständig handeln können, werden wir vorangehen. Deshalb wollen wir den Mindestlohn für öffentliche Aufträge im Land Brandenburg schrittweise auf 13 Euro erhöhen. Zugleich prüfen wir, ob auch eine Mindestvergütung für Auszubildende im Brandenburgischen Vergabegesetz eingeführt werden kann. Hierbei wollen wir uns am BAföG-Höchstsatz orientieren. Wir unterstützen eine bundesweite Mindestvergütung für Auszubildende.
- Wir wollen noch konsequenter als bisher nach dem Grundsatz verfahren: öffentliches Geld nur für Gute Arbeit. Deshalb werden wir das Vergabegesetz neu fassen und dabei alle rechtlichen Möglichkeiten für Tariftreuerregeln ausschöpfen.
- Auch Studierende sollen im Rahmen ihrer Tätigkeit als Hilfskräfte an Hochschulen gerecht und gleich entlohnt werden. Deshalb streben wir einen gemeinsamen tariflich vereinbarten Lohn für sie an.
- Für eine dauerhafte Steigerung der Löhne in Brandenburg brauchen wir eine leistungsfähige Wirtschaft und starke Gewerkschaften mit hohen Organisationsgraden. Das unterstützen wir als Bundesland. Deshalb wollen wir das System der Auftrags- und Fördermittelvergabe im Land weiterentwickeln. Wir setzen uns dafür ein, bestehende und zukünftige Tarifverträge leichter für allgemeinverbindlich zu erklären. In Zukunft sollen die Tarifbindung oder tarifgleiche Entlohnungen und Arbeitsbedingungen eines Unternehmens ein stärkeres Kriterium für die Vergabe sein. Wir wollen auch eine entsprechende bundesweite Regelung erreichen.
- Die Arbeitslosigkeit in Brandenburg ist so niedrig wie noch nie seit der Wiedergründung des Landes 1990. Das ist ein außerordentlicher Erfolg. Trotzdem ist in einigen Orten und Regionen die Arbeitslosigkeit immer noch zu hoch und zum Teil verfestigt. Deshalb werden wir speziell dort die Möglichkeiten des sozialen Arbeitsmarktes verstärkt nutzen, um Langzeitarbeitslosigkeit zu bekämpfen.
- Leider gibt es weiterhin Wirtschaftsbereiche, in denen gesetzliche Vorgaben für Arbeitsstandards, Mitbestimmung und Löhne unterlaufen werden. Wir brauchen wirksamere Kontrollen, um Recht und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt durchzusetzen. Daher wollen wir eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft für Straftaten gegen Betriebsverfassungsorgane und betriebliche Interessenvertretungen gründen.
- Die Befristung von Arbeitsverträgen ist für viele Menschen die größte Unsicherheit in ihrem Arbeitsleben. Befristung darf nicht die Regel sein. Daher setzen wir uns für eine Verringerung der Zahl befristeter Beschäftigter ein. Den öffentlichen Dienst des Landes Brandenburg sehen wir auch in der Pflicht, befristete Arbeitsverhältnisse abzubauen und sachgrundlose Befristungen auszuschließen.
- Die Digitalisierung verändert die Arbeitswelt. Darauf müssen wir die Menschen vorbereiten. Wir wollen die digitalen Kompetenzen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern stärken und dazu mehr Fort- und Weiterbildungsangebote unterbreiten. Damit wollen wir ihnen den Übergang erleichtern. Wir werden aber überall dort entschlossen Widerstand leisten, wo die Digitalisierung nur als Vorwand dient, um Arbeitsplätze abzubauen oder um Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auszuhöhlen. Deshalb machen wir uns für eine Strategie stark, die der Digitalisierung der Arbeitswelt ein menschliches Gesicht gibt und dabei hilft, wirksame Standards für den Arbeitsschutz zu entwickeln.
- Wir wollen die Möglichkeiten der Digitalisierung im Interesse der Menschen nutzen. Ein unverzichtbarer Teil wird das Homeoffice sein, welches wir im Rahmen des Arbeitsschutzgesetzes durch einen Brandenburger Standard für gute Arbeit ermöglichen wollen. Sie sind auch eine Chance, das Leben in Dörfern und kleinen Städten für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wieder attraktiver zu machen. Durch schnelles Internet überall wollen wir diese Chance für Brandenburg gestalten.

5. Wir wollen EIN Brandenburg, das ein sicheres Zuhause bleibt

Wir wollen EIN Brandenburg, das auch künftig allen Menschen ein sicheres Zuhause bietet. Dazu gehört, dass Polizei, Justiz und Ordnungsbehörden gute Arbeit leisten können. Dazu gehört ebenso, dass sich alle Menschen an die in demokratischen Verfahren festgelegten Regeln halten. Die Einhaltung dieser Regeln muss sichergestellt werden. Auf einen starken Staat in diesem Sinne sollen sich die Brandenburgerinnen und Brandenburger jederzeit und überall verlassen können. Deswegen statten wir Polizei, Justiz, Feuerwehr und Hilfsorganisationen neuen Herausforderungen und Gefahren entsprechend aus. Sie setzen sich jeden Tag zum Schutz unserer Bevölkerung ein. Hierfür haben sie unseren Respekt verdient.

- Wir werden die Stärkung unserer Polizei auch in den kommenden Jahren fortsetzen. Bis zum Ende der nächsten Wahlperiode soll das Polizeipersonal auf 8.500 Personen steigen. Einer vorrangigen Stärkung bedürfen vor allem der Streifendienst und die Kriminalpolizei. Um noch besser auf besondere Lagen reagieren zu können, halten wir mittelfristig den Aufbau einer fünften Einsatzhundertschaft für sinnvoll. Dies wird nicht zu Lasten anderer Bereiche der Polizei erfolgen. Neben den operativen Vollzugsbereichen der Polizei ist auch der vollzugsunterstützende Dienst in angemessenem Umfang zu stärken.
- Noch nie wurden in Brandenburg so viele Polizeinachwuchskräfte ausgebildet wie heute. Wir setzen die Ausbildung von Polizistinnen und Polizisten in der heutigen Größenordnung von 425 pro Jahr fort und halten an der Übernahme-garantie fest. Um den Polizeidienst in Brandenburg attraktiver zu gestalten, wollen wir das Zulagensystem und die Laufbahnen überarbeiten.
- Um die Attraktivität der Polizeifachhochschule weiter zu stärken und in der zunehmenden Konkurrenz mit Bund und anderen Ländern auch zukünftig bestehen zu können, stellen wir mindestens 400 Unterkunftsplätze am Standort Oranienburg zur Verfügung, die den Anwärterinnen und Anwärtern zu günstigen Konditionen angeboten werden sollen.
- Wir werden alle Polizeistandorte erhalten. Darüber hinaus erhöhen wir auch die Präsenz der Polizei auf der Straße und stärken die Revierpolizei vor Ort.
- Brandenburg ist in den letzten Jahren sicherer geworden. Diesen Trend wollen wir fortsetzen. Auch zukünftig wollen wir es Straftätern schwerer machen und das Entdeckungsrisiko hoch halten. Wir unterstützen daher die Programme zum Selbstschutz, um Eigentumsdelikte zu verhindern.
- Polizeidienststellen gehören zur Grundinfrastruktur der öffentlichen Daseinsvorsorge. Deshalb werden wir ein Investitionsprogramm zur abschließenden Modernisierung und Sanierung der Polizeidienststellen auflegen, das sowohl für gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten sorgt als auch für die zeitgemäße und bürgerfreundliche Gestaltung der Bereiche mit Publikumsverkehr.
- Die Bekämpfung von Kriminalität, insbesondere im Grenzgebiet zu unserem Nachbarland Polen, bleibt ein Schwerpunkt. Wir setzen uns für einen neuen und erweiterten Standort des Gemeinsamen Zentrums der deutsch-polnischen Polizei- und Zollzusammenarbeit mit verbesserten Arbeitsbedingungen ein. Polizeikräfte aus beiden Ländern gehen auch zusammen auf Streife oder führen gemeinsame Einsätze und grenzüberschreitende Observationen durch. Die bewährte Zusammenarbeit mit den polnischen Kolleginnen und Kollegen wollen wir weiter ausbauen. Damit leisten wir zugleich einen Beitrag zu mehr Sicherheit in einem gemeinsamen Europa.
- Wir werden den Austausch von Informationen, Fahndungen und den Spurenabgleich zwischen den Ländern, dem Bund und Europa im Rahmen der geltenden Datenschutzgesetze weiter forcieren. Überregional agierende Gruppen können dadurch schneller erkannt und beweissicher überführt werden. Deshalb unterstützen wir Bund-Länder-Programme und Projekte zur Verbesserung des polizeilichen Informationsaustausches.
- Gegenüber dem Bund bestehen wir auf einer angemessenen Stärke der Bundespolizei in Brandenburg und insbesondere im Grenzraum zu Polen. Wir werden die Sicherheitspartnerschaften weiter stärken. Sie sind ein bewährtes und hoch anerkanntes Beispiel für bürgerschaftliches und ehrenamtliches Engagement vor Ort. Sogenannte

„Bürgerwehren“ lehnen wir dagegen ab. Für sie ist in unserer Rechtsordnung kein Platz.

- Die Beseitigung von Kampfmitteln aus dem Zweiten Weltkrieg, die immer noch im Brandenburger Boden schlummern, ist in den letzten Jahren gut vorangekommen. Die finanziellen Mittel des Kampfmittelbeseitigungsdienstes des Landes Brandenburg (KMBD) wurden insbesondere auf Initiative der SPD-Landtagsfraktion deutlich erhöht. Die Mittel des Landes werden wir mindestens auf gegenwärtigem Niveau beibehalten. Auch vom Bund sind nach einer erneuten Bundesratsinitiative Brandenburgs erstmals Gelder zur Unterstützung der Kampfmittelsuche geflossen. Wir werden den Druck auf den Bund aufrechterhalten, die Beseitigung alliierter Blindgänger im Land Brandenburg kontinuierlich zu unterstützen und möglichst vollumfänglich zu übernehmen.
- Wir entwickeln das Präventionsprogramm für Schulen in Zusammenarbeit mit der örtlichen Polizei weiter.
- Wir verbessern die Kooperation der Polizei mit den Kommunen auf dem Gebiet Sicherheit und Ordnung und statten Polizei, Gerichte und Staatsanwaltschaften entsprechend neuen Herausforderungen sachgerecht aus.
- Ein funktionierender Rechtsstaat braucht eine funktionierende Rechtsprechung. In der Bearbeitungszeit von neu eingegangenen Gerichtsverfahren wollen wir daher bis zum Jahr 2025 einen Spitzenplatz einnehmen, denn eine schnelle und qualitativ hochwertige Justiz ist auch ein Wettbewerbsvorteil. Wir wollen dafür unsere Gerichte vorübergehend deutlich über dem bundesweit anerkannten Personalschlüssel (PEBB§Y) ausstatten. Gerade jetzt ergibt diese zeitweise Überausstattung Sinn, denn die anstehende Pensionierungswelle ermöglicht einen befristeten Personalüberhang, ohne zukünftig zu einer unwirtschaftlich hohen Personalausstattung zu führen. Zudem können so die erfahrenen Kolleginnen und Kollegen vor ihrem Ruhestand ihr wertvolles Wissen noch an die nachfolgende jüngere Generation weitergeben.

Gerichtliche Altverfahren wollen wir abbauen, sodass wir auch hier bis 2025 im Bundesvergleich im obersten Drittel liegen. Da der PEBB§Y-Personalschlüssel aber nur auf neu eingehende Verfahren angewandt wird, werden wir zusätzlich mindestens je 60 Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte insbesondere für den Abbau von älteren Gerichtsverfahren einstellen. Im Sinne einer vorausschauenden Personalplanung wollen wir jährlich mindestens je 30 Nachwuchsjuristinnen und -juristen als Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte einstellen.

- Um auch für die Landesverwaltung qualifizierte Juristinnen und Juristen zu binden und langfristig zu halten, wollen wir ein Traineeprogramm schaffen, wie auch Berlin es betreibt. Jährlich sollen 40 Programmteilnehmer aufgenommen werden und vor ihrer abschließenden Übernahme in den Landesdienst zunächst in zwei Jahren grundsätzlich drei verschiedene juristische Dienststellen durchlaufen, eine davon auf kommunaler Ebene und eine in der Fläche des Landes. Das Programm soll von einem zuständigen Ministerium koordiniert werden.
- Unsere Feuerwehren in den Gemeinden sind gerade im ländlichen Raum ein starker und vielfältiger Anker. Mit einer dauerhaften Prämie sind wir einen wichtigen Schritt gegangen, um den Einsatz bei den Freiwilligen Wehren und Hilfsorganisationen attraktiver zu gestalten und Anerkennung auszudrücken.
- Zur Ausbildung der Hauptamtlichen und Freiwilligen Wehren wird eine zweite Ausbildungsstätte des Landes eingerichtet. Außerdem werden wir den Anteil hauptamtlicher Einsatzkräfte in der Freiwilligen Feuerwehr erhöhen.
- Um die Vereinbarkeit von Beruf, Ehrenamt und Familie zu fördern, wollen wir neue E-Learning-Angebote bei der Landesfeuerweherschule (LSTE) schaffen.
- Mit dem kommunalen Infrastrukturprogramm (KIP) wollen wir auch zukünftig Feuerwehrgerätehäuser sanieren und neu bauen. Auch bei der Beschaffung von Fahrzeugen werden wir entsprechend den örtlichen Bedürfnisse unterstützen.

- Die Nachwuchsgewinnung für alle Bereiche des Brand- und Katastrophenschutzes ist für uns eine wichtige Aufgabe der kommenden Jahre. Daher wollen wir u. a. ein Wahlpflichtfach „Feuerwehr und Erste Hilfe“ an den weiterführenden Schulen einführen.
- Der flächendeckende Waldbrandschutz und die Waldbrandüberwachung bleiben eine Daueraufgabe. Deshalb werden wir gezielt Waldbrandschutzstreifen und Löschwasserentnahmestellen im Wald fördern. Zudem schaffen wir weitere mobile Funktürme an und verdichten durch den Neubau von Basisstationen das Behördenfunknetz.
- Um unsere Kommunen nach einem Großbrand im Wald finanziell unterstützen zu können, werden wir einen Fond gründen, um die enormen Einsatzkosten decken zu können.
- Wir unterstützen die kommunalen Aufgabenträger dabei, dass kommunale Bedienstete verstärkt Qualifikationen im Bereich des Brand- und Katastrophenschutzes erlangen können. Dabei streben wir an, den Anteil von Frauen in den Freiwilligen Feuerwehren zu erhöhen.

6. Wir wollen EIN Brandenburg, das die medizinische Versorgung und gute Pflege im ganzen Land sicherstellt

Damit Brandenburg ein dauerhaftes und lebenswertes Zuhause für die hier lebenden Menschen sein kann, werden wir die medizinische und pflegerische Versorgung im ganzen Land sichern. Wir lassen es nicht zu, dass Menschen in höherem Alter ihr Heimatdorf verlassen müssen, um medizinische Versorgung zu erhalten. Wir lassen es ebenso wenig zu, dass junge Menschen nicht nach Brandenburg ziehen, weil sie die für ihre Lebensplanung erforderliche medizinische und geburtshilfliche Versorgung nicht vorfinden. Wir wollen den Brandenburgerinnen und Brandenburgern die Sicherheit geben, dass sie sich überall im Land auf die Gesundheitsversorgung ihrer Familien verlassen können. Die Gewährleistung einer qualitativ hochwertigen, flächendeckenden und wohnortnahen Gesundheitsversorgung ist für uns ein wesentliches Element der Daseinsvorsorge und zentrale Aufgabe politischen Handelns.

- Wir werden alle Krankenhausstandorte und alle Notaufnahmen in Brandenburg erhalten und sie bedarfsgerecht weiterentwickeln. Gerade in ländlichen Regionen sollen die Krankenhäuser auch einen zusätzlichen Beitrag zur ambulanten Versorgung leisten. Dazu investieren wir jährlich mindestens 100 Mio. Euro in unsere Krankenhäuser.
- Bei Krankenhäusern, Arztpraxen, Apotheken und Gesundheitsdienstleistenden achten wir verstärkt darauf, dass sie auch von Menschen mit Behinderungen erreichbar sind, dass mobilitätseingeschränkte Bürgerinnen und Bürger überhaupt Zutritt erlangen können, dass Menschen mit Sprach-, Hör-, Seh- sowie kognitiven Einschränkungen ihr Anliegen verständlich vortragen und entsprechend Hilfe finden können.
- Neben den Krankenhäusern nimmt der Öffentliche Gesundheitsdienst wichtige Aufgaben in den Bereichen Gesundheitsvorsorge, Gesundheitsförderung, Krankheitsverhütung und Schaffung gesunder Lebensbedingungen wahr. Insbesondere im Bereich der Gefahrenabwehr werden wir uns auf neue Herausforderungen einstellen. Dazu ist auch eine zuverlässige und strenge Arzneimittelaufsicht unabdingbar, die wir entsprechend personell ausstatten.
- Um als Land einen deutlichen Beitrag zur Sicherung der ärztlichen Versorgung in Brandenburg zu leisten, haben wir eine Landarzt Offensive gestartet. Mit 5 Mio. Euro jährlich für Landarztstipendien wollen wir angehende Ärztinnen und Ärzte schon während des Studiums für die Tätigkeit im ländlichen Raum gewinnen. Darüber hinaus wollen wir studentische Praktika in Haus- und Facharztpraxen fördern.
- Wir wollen für eine gute medizinische Versorgung in allen Landesteilen sorgen. Dafür brauchen wir ausreichend junge Ärztinnen und Ärzte. Die nichtstaatliche Medizinische Hochschule Brandenburg (MHB) in Neuruppin und Brandenburg leistet seit vier Jahren hervorragende Arbeit bei der Ausbildung von Ärzten, die künftig vor allem in ländlichen Regionen tätig sein werden. Zur Unterstützung und besseren Einbindung in unsere Forschungs- und Hochschullandschaft haben wir den Gesundheitscampus Brandenburg gegründet und unterstützen die MHB beim Aufbau der medizinischen Forschung. Wir werden die MHB weiterhin finanziell fördern und eine institutionelle Finanzierung

oder Beteiligung an der Trägergesellschaft prüfen, um auch im Norden des Landes eine Mediziner Ausbildung zu erhalten. Im Süden wollen wir mit Hilfe von Geldern aus dem Strukturstärkungsgesetz des Bundes zusätzlich unter dem Dach des Gesundheitscampus schrittweise eine Universitätsmedizin aufbauen. Dabei nutzen wir die Ressourcen der BTU Cottbus-Senftenberg und des Carl-Thiem-Klinikums und leisten so einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung des Strukturwandels.

- Gerade in der Gesundheitsversorgung bietet die Digitalisierung große Potenziale, die wir heben wollen. Technische Innovationen können künftig die Patientenversorgung entscheidend unterstützen. Telemedizin und elektronische Patientenakten tragen dazu bei, dass sich medizinisches Personal effektiv den Patientinnen und Patienten widmen kann. In Pflegeheimen können digitale Unterstützungssysteme die Beschäftigten von Routinearbeit, z. B. bei der Pflegedokumentation, entlasten und damit die Versorgung verbessern.
- Das Projekt „Agnes Zwei“ werden wir weiterentwickeln, um Hausärzte zu entlasten.
- Ein würdiges Leben im Alter ist für uns unabdingbar. Die Pflege von Menschen darf weder für die Betroffenen noch für die Angehörigen zum Armutsrisiko werden. Deshalb setzen wir uns für eine solidarisch finanzierte Pflegevollversicherung mit gedecktem Eigenanteil ein. Um die großen Herausforderungen im Bereich der Pflege zu bewältigen, werden wir auch eigene Akzente als Land Brandenburg setzen:
 - Für die Attraktivität des Pflegeberufes sind die Entlohnung und Arbeitsbedingungen entscheidend. Deswegen haben die Wohlfahrtsverbände und ver.di auf Initiative des SPD-Sozialministers 2013 eine Absichtserklärung zur Erarbeitung und Vereinbarung von Mindestarbeitsbedingungen in der Pflege unterzeichnet. Wir wollen den Diskussionsfaden wieder aufnehmen mit dem Ziel, einen Flächentarifvertrag Pflege bzw. Mindestarbeitsbedingungen in der Pflege zu entwickeln und für allgemeinverbindlich zu erklären. Diese umfassen eine Lohnangleichung Ost-West in den Pflegeberufen, eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, eine reduzierte Wochenarbeitszeit sowie im Hinblick auf die generalistische Ausbildung ab 2020 eine stärkere Vernetzung zwischen Trägern, Schulen und politischen Verantwortlichen, um die praktische Ausbildung sicherstellen zu können. Außer der Entlohnung und den Arbeitsbedingungen müssen wir auch das gesellschaftliche Ansehen dieses wichtigen Berufes stärken. Mit einer Imagekampagne wie z. B. zielgruppenangepasste Werbung und Informationen an Schulen und Oberstufenzentren sowie Berufs- und Karrieremessen wollen wir mehr junge Menschen für die sozialen Berufe gewinnen.
 - Seit Einführung der Pflegestützpunkte können sich pflegende Angehörige professionell beraten lassen. Diese Pflegestützpunkte haben sich in Brandenburg bewährt. Wir werden sie ausbauen und die bisher feste Beratungsstruktur um ein aufsuchendes Angebot erweitern. Hierfür wollen wir insgesamt 2 Mio. Euro zur Verfügung stellen.
 - Um auch künftig ausreichend Pflegekräfte zu finden, werden wir die Ausbildungskapazitäten vergrößern und die Pflegeschulen stärken. Dazu werben wir auch intensiv für den Pflegeberuf.
- Die Impfquote in Brandenburg ist hoch. Dennoch ist die Zahl derer, die Impfungen verweigern, stark gestiegen, sodass die WHO dies als Gefahr eingestuft hat. Wir werden uns daher für eine Impfpflicht einsetzen.
- Psychische Krankheiten werden oftmals noch tabuisiert. Wegen ihrer vielfältigen Ausprägungen entsteht viel Verunsicherung, wie Betroffene und Angehörige damit umgehen können. Dem werden wir durch eine Informationskampagne zum Abbau von Vorurteilen gegenüber psychisch erkrankten Menschen entgegenwirken.
- Erfreulicherweise steigen die Geburten in Brandenburg wieder. Dies hat jedoch zur Folge, dass eine Versorgung mit Hebammenhilfe nicht garantiert werden kann. Wir wollen eine wohnortnahe und flächendeckende Versorgung mit Geburts- und Hebammenhilfe. Dafür sind eine angemessene Vergütung und die sichere Finanzierung der Haftpflichtversicherungsprämien bei Steigerung des Versicherungssatzes erforderlich. Kooperationen und Netzwerke zwischen

klinischen Geburtshilfeabteilungen, freien Hebammen inkl. Beleghebammen, Geburtshäusern sowie Ausbildungseinrichtungen für Hebammen werden unterstützt.

7. Wir wollen EIN Brandenburg, in dem Menschen bezahlbaren Wohnraum und ein Zuhause finden

Brandenburg wächst! Wir schaffen die Bedingungen für ein wachsendes Land. Immer mehr Menschen haben in Brandenburg in den vergangenen Jahren ihr Zuhause gefunden, ob Neuankömmlinge oder Zurückgekehrte. Noch viel mehr Menschen leben schon seit Langem oder schon immer in Brandenburg. Sie tragen damit alle zu einer so guten Entwicklung bei, die noch vor wenigen Jahren als unvorstellbar galt.

- Ein Zuhause zu finden, ist auch eine ganz praktische Frage. In einem wachsenden Land steigt die Nachfrage nach Wohnraum und Bauland. Deshalb werden wir weiterhin jährlich 100 Mio. Euro in den Wohnungsbau investieren.
- Wir unterstützen die Kommunen bei der Gewinnung von Bauland. Dazu stellen wir ihnen Landesgrundstücke für den Wohnungsbau vergünstigt zur Verfügung – und für Schul- und Kitabau sogar unentgeltlich.
- Insbesondere in den größeren Städten und im berlinnahen Raum sind steigende Mieten und fehlende Wohnungen ein Problem. Wir treten deshalb auf Bundesebene für eine Verschärfung der Mietpreisbremse ein und nutzen die landespolitischen Spielräume für die Begrenzung der Mieten.
- Wir wollen sicherstellen, dass Bauen bezahlbar bleibt, und werden daher die Empfehlungen der Baukostensenkungskommission auf ihre Umsetzbarkeit in Brandenburg überprüfen.
- Um die Schaffung von mehr und besseren Wohnungen zu unterstützen und um zur Etablierung und zum Erhalt von Mietpreis- und Belegungsbindungen beizutragen, haben wir das „Bündnis für Wohnen“ gegründet. Wir werden unsere Bemühungen gemeinsam mit den Bündnispartnern intensivieren.
- Wir vertiefen unter enger Einbeziehung der Kommunen die Zusammenarbeit mit Berlin in der Wohnungspolitik. Ziel ist die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für die breite Mittelschicht. Wir bekennen uns dazu, dass das Land dabei eine aktive Rolle spielen wird.
- Steigende Studierendenzahlen und immer weniger verfügbarer Wohnraum erschweren vielen das Studium. Deshalb wollen wir mehr in den Neubau investieren, 2.000 neue Wohnheimplätze schaffen und streben an jedem Hochschulstandort eine Versorgungsquote von 20 Prozent an. Wir werden den Studentenwerken die dafür nötigen Finanzmittel zur Verfügung stellen. Die Umsetzung soll anhand eines Förderprogramms für studentischen Wohnraum erfolgen.
- Mit der Strategie „Stadt für Alle“ wollen wir nicht nur Wohnraum schaffen, sondern auch lebenswerte Städte erhalten und entwickeln. Unser Ziel sind Städte mit moderner sozialer Infrastruktur, mit kurzen Wegen, mit sauberer Luft, mit lebendigen Innenstädten und mit gut durchmischten Quartieren. Wir wollen, dass der kleinteilige, soziokulturell bedeutsame und für die Innenstädte lebenswichtige Einzelhandel gegenüber dem Versandhandel gestärkt wird, zumal der Versandhandel innerstädtisch zu erheblichen Verkehrsbelastungen führt.
- Der erfolgreiche Stadtumbau wird fortgesetzt. Dabei spielt die Aufwertung von Stadtquartieren eine besondere Rolle. Wir setzen uns beim notwendigen Rückbau auch für eine Ausweitung auf ländliche Regionen ein.

8. Wir wollen EIN Brandenburg, das Menschen und Orte verbindet

Unsere moderne Gesellschaft erfordert Mobilität von Menschen und Gütern. Mobilität ist der Schlüssel zur sozialen Teilhabe in allen Lebensbereichen. Die kluge Ausgestaltung von Mobilität ist Strukturpolitik für Brandenburg und sichert die Erreichbarkeit aller Landesteile – sei es auf dem Weg zum Job, zur Schule, zum Arzt oder in der Freizeit. Gut ausgebaute Schienen und Straßen sind die Lebensadern unserer modernen Gesellschaft.

In Brandenburg pendeln täglich gut 350.000 Personen. Allein etwa 200.000 Menschen aus Brandenburg fahren zur Arbeit nach Berlin und 80.000 in die Gegenrichtung. Diese Entwicklung stellt den öffentlichen Nahverkehr und die Straßenverbindungen vor große Herausforderungen.

Für unser wachsendes Land brauchen wir daher auch eine wachsende Infrastruktur. Nach diesem Grundsatz haben wir bereits viele Projekte realisiert und viele weitere geplant, die wir in den nächsten Jahren verwirklichen.

- Wir setzen die Mobilitätsstrategie 2030 und den Landesnahverkehrsplan 2018 um. Damit bauen wir das Angebot im Regionalverkehr massiv aus:
 - Wir stocken das Angebot im Schienennahverkehr um etwa ein Drittel auf.
 - Bis 2022 setzen wir auf den Hauptrelationen mehr Züge und Wagen sein, wo immer es möglich und nötig ist.
 - Ab 2022 werden wir das Angebot im Regionalverkehr um etwa 5 Mio. zusätzliche Zugkilometer (das entspricht einem Plus von 15 Prozent) aufstocken können.
 - Der schon heute auf vielen Bahnstrecken angebotene Stundentakt wird auf den besonders stark frequentierten Linien mindestens auf einen 30-Minuten-Takt verdichtet.
 - Wir fördern innovative Fahrzeugkonzepte im Schienenverkehr, insbesondere batterieelektrische und Wasserstoffantriebe, um noch mehr direkte und emissionsarme Verbindungen anbieten zu können.
 - Wir werden alle Nahverkehrszüge mit WLAN ausstatten.
 - Wir binden (gemeinsame) Mittelzentren durch intelligente ÖPNV-Konzepte schneller an Berlin an.
- Gemeinsam mit der Bahn, dem Bund und Berlin treiben wir den Ausbau der Schieneninfrastruktur im Projekt „i2030“ voran. Dazu zählen der Wiederaufbau und Ausbau von Strecken für einen leistungsfähigen und schnellen Regionalverkehr (Dresdner Bahn, Stammbahn, Anhalter Bahn, Prignitz-Express, Heidekrautbahn), der Ausbau bestehender S-Bahn-Strecken sowie Verlängerungen in das Berliner Umland nach Falkensee, Velten, Stahnsdorf und Rangsdorf.
- Gleichzeitig forcieren wir den Ausbau und die Elektrifizierung der Ostbahn, der Stettiner Bahn und der Görlitzer Bahn. Cottbus und die Lausitz müssen von Berlin, Leipzig, Dresden und Breslau schnell erreichbar sein. Wir setzen uns auch weiterhin für leistungsfähige Schienenverbindungen nach Polen ein.
- Wir investieren in barrierefreie Bahnsteige, attraktive Bahnhofsgebäude und ein ansprechendes Umfeld der Bahnhöfe wie auch in eine bessere Verknüpfung von Bussen und Bahnen. Wir werden die Kommunen bei der Entwicklung von nicht mehr genutzten Bahnflächen für Wohnbau- und Gewerbeansiedlungen unterstützen.
- Wir werden die Landkreise und Städte unterstützen, das erfolgreiche Netz von PlusBus-Linien zu erweitern sowie neue und barrierefreie Straßenbahnen und O-Busse anzuschaffen. Wir fördern Fahrzeuge mit alternativen Antrieben für Busse, Züge und Betriebe der kommunalen Daseinsvorsorge.
- Den öffentlichen Nahverkehr wollen wir noch attraktiver machen. Ab August 2019 können junge Menschen mit dem Azubi-Ticket für 365 Euro im gesamten VBB-Bereich ein Jahr lang mobil sein. Wir setzen uns auch für ein vergünstigtes VBB-Ticket für Schülerinnen und Schüler ein. Das Ticket soll dabei nicht wie das derzeitige VBB-Freizeitticket an einen regionalen Fahrausweis, sondern an einen Schülerschein gekoppelt sein. Das Modell des Firmentickets werden wir weiterentwickeln, damit mehr Menschen auf den öffentlichen Nahverkehr umsteigen.

- Der öffentliche Schienen- und Personennahverkehr ist der effektivste Weg, die zunehmenden Pendlerströme zwischen Berlin und Brandenburg aufzunehmen. Damit das Umsteigen noch attraktiver wird, wollen wir in einem ersten Schritt das Tarifgebiet Berlin C weiter ausdehnen. Perspektivisch werden wir für alle ein 365-Euro-Jahresticket für das Tarifgebiet des VBB einführen.
- Wir setzen uns für die Abschaffung von Tarifmauern innerhalb von Ballungszentren ein.
- Wir werden uns innerhalb des VBB für ein modernes Bezahlsystem starkmachen, damit Fahrgäste Fahrscheine auch mit Kreditkarten oder mobilen Bezahlsystemen erhalten können.
- Wir schaffen die digitale Verknüpfung aller Verkehrsträger im Land Brandenburg. So sollen Fahrgäste noch umfassender auf Verbindungen, Tickets, Serviceangebote und Echtzeitinformationen zugreifen können. Neue und innovative Mobilitätsangebote zur Feinerschließung im ländlichen Raum sowie autonome Fahrzeugsysteme auf Straße, Schiene und Wasserstraße werden durch digitale Technologien möglich und finanzierbar.
- Wir unterstützen dazu die Verkehrs- und Mobilitätsforschung an den Brandenburger Hochschulen und leisten so einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Bahn- und Fahrzeugindustrie im Land.
- Wir werden in Zukunft 100 Mio. Euro pro Jahr in Straßen und Radwege investieren. Mit der weiteren Sanierung von Ortsdurchfahrten wollen wir die Lebensqualität und Verkehrssicherheit in den betroffenen Gemeinden verbessern.
- Gemeinsam mit Berlin und den Kommunen wollen wir Radschnellwege zwischen Berlin und dem Berliner Umland schaffen. An den Bahnhöfen unterstützen wir die Bahn und die Kommunen beim Bau von sicheren Radabstellanlagen und Fahrradparkhäusern.
- Wir wollen die Autobahnen und Straßen vom Gütertransitverkehr entlasten, um Schadstoff und Lärmbelastungen sowie die Stau- und Unfallgefahren zu verringern. Deshalb verfolgen wir das Ziel, mehr Güterverkehr auf die Schiene und auf die Wasserstraßen zu bringen und die Belastung durch innerörtlichen Lkw-Durchgangsverkehr zu reduzieren.

9. Wir wollen EIN Brandenburg, das wirtschaftlich weiter wächst

Brandenburg ist heute ein wirtschaftlich starkes Land. Dieser Erfolg ist vor allem ein Verdienst der Brandenburgerinnen und Brandenburger. Sie haben sich seit 1990 auf große Veränderungen eingestellt. Mit wirtschaftspolitischen Strukturentscheidungen wie dem Prinzip „Stärken stärken“ haben wir den Wirtschaftsstandort gefördert. Mit unserer Förderpolitik haben wir die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen erhöht und uns insbesondere auf die zukunftssträchtigen Wirtschaftsbranchen konzentriert. Diesen Weg wollen wir auch in den kommenden Jahren fortsetzen.

- Die „Regionalen Wachstumskerne“ und Industriezentren werden wir weiter fördern und entwickeln. Wir wollen Innovationsparks entlang der zentralen Verkehrsachsen aufbauen, die die Regionalen Wachstumskerne mit Berlin und anderen Metropolen verbinden. Dort sollen Forschung, Entwicklung und Unternehmen eng zusammenarbeiten und so ein Umfeld für Firmengründungen und Start-ups schaffen. Dafür ist der Breitbandausbau in allen Landesteilen unabdingbar. Unser Ziel ist eine strategische Innovations-, Regional- und Strukturpolitik. Damit soll die wirtschaftliche Dynamik bis in alle Landesteile ausstrahlen.
- Einen Eckpfeiler der brandenburgischen Wirtschaft bildet das Handwerk mit seinen fast 40.000 Betrieben und mehr als 160.000 Erwerbstätigen. Mit der Meistergründungsprämie Brandenburg unterstützen wir die erstmalige Gründung oder Übernahme einer selbständigen Existenz im Handwerk mit einem Zuschuss. Dieses Programm setzen wir ebenso fort wie die Meisterprämie von 1.500 Euro für eine bestandene Meisterprüfung. Wir werden die sogenannte Kleine Bauvorlagenberechtigung in die Brandenburgische Bauordnung aufnehmen.
- Industrieunternehmen sind und bleiben die Basis für den Wohlstand unseres Landes. Wir wollen, dass unsere Industrie

auch in Zukunft ihren wichtigen Beitrag zu Wertschöpfung, Arbeitsplätzen oder als Auftraggeber anderer Branchen leisten kann. Vorhandene Industriearbeitsplätze wollen wir sichern und neue schaffen. Unsere Industrieparks etwa in Premnitz, Schwedt oder Schwarze Pumpe haben sich gut entwickelt. Sie gilt es, weiter zu stärken. Nach diesem Modell wollen wir auch in anderen Regionen des Landes Industrieparks gezielt entwickeln.

- Eine zentrale Herausforderung der Brandenburger Wirtschaft sind die Gewinnung von Fachkräften und die Organisation von Unternehmensnachfolgen. Deshalb werden wir kleinere Betriebe bei der Ausbildung von Nachwuchs unterstützen, uns auf Bundesebene für die Abschaffung der Meistergebühren einsetzen, Unternehmensgründungen weiter fördern sowie einen Nachfolgecampus ins Leben rufen. Wir bringen zusätzliche Hilfen für Start-ups auf den Weg und arbeiten insbesondere daran, Gründerinnen und Gründern Räume zu schaffen, in denen sie ihre Ideen entwickeln und vorantreiben können. Dazu gehört auch die Förderung von Start-ups mit Darlehen über den Frühphasenfonds.
- Vor dem Hintergrund der erfolgreichen Entwicklung am Standort Potsdam-Golm unterstützen wir in Abstimmung mit der jeweiligen Kommune und Hochschule auch in anderen Städten wertschöpfungsorientierte Innovations- und Clusterstandorte in räumlicher Nähe zu Hochschulen.
- Wir werden das Förderinstrument Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ neu justieren. Dabei sehen wir einen höheren Anteil für die wirtschaftsnahe kommunale Infrastruktur vor. Auf diese Weise stärken wir die Infrastruktur in den Gemeinden und sichern gleichzeitig einen guten Mittelabfluss.
- Wir werden kleineren und mittleren Unternehmen (KMU) stärker bei der Digitalisierung unter die Arme greifen. Dazu bauen wir das System der erfolgreichen Innovations- und Digitalgutscheine aus. Das Ziel ist es, KMU bei der Vorbereitung und Umsetzung von Digitalisierungsmaßnahmen im eigenen Unternehmen sowie bei der Qualifizierung ihres Personals zu begleiten.
- Viele wirtschaftliche Prozesse der Zukunft basieren auf der Erfassung und Nutzung großer Datenmengen. Gerade KMU werden dabei vor besondere Herausforderungen gestellt. Die einzelnen Unternehmen können oft weder in die technischen Lösungen noch ausreichend in spezialisierte Fachkräfte investieren. Also müssen hierfür Dienstleistungszentren („Data Warehouses“) angesiedelt werden, die den Unternehmen die notwendigen Prozesse zur Verfügung stellen. Wir wollen in Brandenburg in den kommenden Jahren ein entsprechendes Data Warehouse errichten.
- Der Tourismus in Brandenburg ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Er leistet einen erheblichen Beitrag zur regionalen Wertschöpfung, sorgt für Lebensqualität und trägt maßgeblich zum Erhalt von Infrastruktur im ländlichen Raum bei. Gemeinsam mit Verbänden und Unternehmen werden wir Brandenburg als wachsende Tourismusregion weiter fördern und ausbauen. Wir wollen, dass die Förderinstrumente der Europäischen Union auch in der nächsten Förderperiode für Tourismusprojekte zur Verfügung stehen. Gemeinsam mit den Akteuren der Tourismuswirtschaft erarbeiten wir einen Brandenburger Aktionsplan zur Umsetzung der nationalen Tourismusstrategie und entwickeln die Landestourismuskonzeption weiter. Wir stärken Forschung und Lehre im Tourismus an der BTU Cottbus-Senftenberg. Dass der Bund seiner Verantwortung für den Erhalt der überwiegend touristisch genutzten Bundeswasserstraßen endlich gerecht wird, ist uns ein wesentliches Anliegen, denn der Wassertourismus spielt dabei eine immer größere Rolle. Die Wasserstraßeninfrastruktur im Land Brandenburg hat daher für den Wirtschaftsfaktor Tourismus eine herausgehobene Bedeutung. Wir werden den Wassertourismus daher durch den Erhalt und Ausbau der Wasserstraßen stärken.
- Wir wollen lebendige Innenstädte und den regionalen Handel unterstützen.
- Wir wollen Vorreiter bei der Nutzung der Wassertechnologie sein. Dazu werden wir eine Wasserstoffstrategie und einen Maßnahmenkatalog für das Land Brandenburg erarbeiten. Ziel soll es sein, die Potenziale für eine nachhaltige und zukunftsweisende Nutzung von Wasserstoff aufzuzeigen und in die Praxis umzusetzen. So soll die zielorientierte Entwicklung von Industrieparks in den Regionen unterstützt werden.

- Um die Marke Brandenburg als Ort zum Leben, Wohnen, Lernen und Arbeiten sowie als Tourismusregion weiter aufzubauen, werden wir das Landesmarketing intensivieren.
- Die Eröffnung des Flughafens BER ist von der Flughafengesellschaft für Oktober 2020 geplant. Es wurden die Voraussetzungen für einen wirtschaftlich erfolgreichen Flughafen geschaffen. Für die optimale Entwicklung des Umfeldes des Flughafens BER ist die Einbindung vieler Beteiligter und Themen erforderlich. Wir werden deshalb – in Ergänzung des Dialogforums und in Abstimmung mit dem Land Berlin – zur Koordination ein zentrales Standortmanagement einrichten. Wir stehen zur Annahme des erfolgreichen Volksbegehrens für ein Nachtflugverbot zwischen 22:00 und 6:00 Uhr durch den Landtag. Die Schaffung von mehr Nachtruhe bleibt eine Daueraufgabe. Hier werden wir mit unseren Forderungen an die Miteigentümer des Flughafens, den Bund und das Land Berlin, nicht nachlassen. Die Schallschutzprogramme werden weiter umgesetzt. Wir lehnen auch künftig eine dritte Start- und Landebahn am Flughafen BER ab.

10. Wir wollen EIN Brandenburg, in dem eine ökonomische und ökologische Landwirtschaft Menschen in Brandenburg und Berlin versorgt

Unsere Landwirtschaft hat sich in den vergangenen 29 Jahren gut entwickelt. Die Agrarwirtschaft mit ihren Bereichen Landwirtschaft, Gartenbau, Fischerei und Forstwirtschaft sowie Verarbeitung und Vertrieb ist die wirtschaftliche Basis im ländlichen Raum. In Brandenburg ist sie ein starker Wirtschaftsfaktor.

Wir wollen Brandenburg als wichtigen Agrarstandort weiter voranbringen und insbesondere die Chancen des Berliner Marktes stärker nutzen. Dazu wollen wir den konventionellen und den ökologischen Landbau weiter fördern und das Regionalmarketing verbessern.

- Brandenburg soll Spitze beim Ökolandbau in Deutschland bleiben. Neuanträge zur Umstellung auf ökologischen Landbau werden wir aus EU-, Bundes- und Landesmitteln finanzieren. Die bereits bestehenden 155.000 Hektar wollen wir weiter erhöhen. Für den Ökolandbau setzen wir in der Wahlperiode einen dreistelligen Millionenbetrag ein.
- Durch Marktstrukturprogramme wollen wir die Verarbeitung und Veredlung stärken, um mehr Wertschöpfung zu erzielen. Außerdem wollen wir ein Brandenburg-Siegel für Lebensmittel einführen. „Pro agro“ ist und bleibt ein unverzichtbarer Partner für das Marketing des Landes Brandenburg.
- Wir helfen auch zukünftig Brandenburgs breit aufgestellter, moderner, ökologischer Landwirtschaft – sei es als Familienbetrieb, Personengesellschaft oder in der Rechtsform einer juristischen Person, ob ökologisch oder konventionell wirtschaftend.
- Die Tierhaltung sichert eine große Anzahl von Arbeitsplätzen in Brandenburgs Landwirtschaft und trägt wesentlich zur Wertschöpfung bei. Der Tierschutzplan des Landes konkretisiert die Rahmenbedingungen für die zukünftige regionalverträgliche, artgerechte und flächengebundene Nutztierhaltung in Brandenburg. Er steigert damit die Akzeptanz für die Tierhaltung. Von zentraler Bedeutung sind hierbei Demonstrationsbetriebe, um die Tierhaltung transparent darzustellen. Wir wollen stärkere Anreize für mehr Investitionen in das Tierwohl. Die Förderprogramme der Europäischen Union werden wir dazu konsequent einsetzen.
- Zur Stärkung unserer Landwirtschaft arbeiten wir weiterhin mit Landwirtschaftsverbänden wie dem Landesbauernverband zusammen. Sie sind wertvolle Partner.
- Der Gartenbau ist in Brandenburg ein wichtiger Wirtschaftszweig. Deshalb setzen wir die Maßnahmen unserer Gartenbaukonzeption konsequent fort. Besondere Schwerpunkte sind dabei der Gemüse- und der Obstanbau einschließlich der weiteren Verarbeitung und Veredlung sowie die Vermarktung.
- Wir werden die Landesgartenschau 2022 in Beelitz gemeinsam mit der Spargelstadt veranstalten. Sie wird, wie bereits die früheren Schauen, zu einem Besuchermagneten werden und wichtige, nachhaltige Impulse zur Stärkung der

Region geben. Die Planung für eine weitere Landesgartenschau im Jahr 2025 werden wir vorantreiben.

- Die Vorreiterrolle Brandenburgs in der digitalen Forst- und Landwirtschaft wollen wir festigen. Deshalb ist auch in ländlichen Regionen unabhängig von der Bevölkerungszahl der Ausbau von Breitband zwingend. Wir werden landwirtschaftliche Unternehmen in Digitalisierungsfragen beraten und unterstützen. Außerdem prüfen wir die Gründung eines Konvergenzzentrums Brandenburg. Dieser Zusammenschluss von Universitäten, Instituten, Start-ups und Landwirten könnte zur Steigerung der Attraktivität Brandenburgs für Agrar- und Lebensmittelinnovationen beitragen.
- Stabile Waldbestände sind die Grundlage für den Wertzuwachs in Brandenburgs Wäldern. Der Landesbetrieb Forst Brandenburg ist der Garant für eine nachhaltige Bewirtschaftung des Landeswalds und soll seiner Vorbildwirkung für alle Waldbesitzer gerecht werden können. Der Waldbau, die Umweltbildung und die Bereitstellung von Rohholz sind weiterhin zentrale Aufgaben für alle Waldbesitzer im Land Brandenburg.
- Brandenburg ist das gewässerreichste Bundesland in Deutschland. Fischerei und Teichwirtschaft sind wichtige Wirtschaftsfaktoren und haben große Bedeutung für die Attraktivität unseres Landes. Gemeinsam mit dem Anglerverband treten wir weiter für Artenvielfalt bei den Fischen ein. Zudem wird bei jeder wasserbaulichen Investition die ökologische Durchgängigkeit unter anderem über Fischtreppe verbessert.
- Pferdezucht und Pferdesport sind ein Wirtschaftsfaktor. Hier werden wir die Marketingunterstützung verstärken. Das betrifft auch die traditionsreiche Rennbahn in Hoppegarten. Wir bekennen uns zum Haupt- und Landgestüt in Neustadt (Dosse) als unverzichtbares Kulturgut. Wir werden es auch weiterhin finanziell unterstützen.

11. Wir wollen EIN Brandenburg, das Menschen und Betriebe vernetzt

Die Digitalisierung wird alle Wirtschaftsbereiche grundlegend verändern und auch zahlreiche andere Aspekte unseres Lebens auf neue Weise beeinflussen. Dieser Prozess wirft viele Fragen auf, aber bringt noch mehr Chancen hervor. Mit Augenmaß vorangetrieben und reguliert, werden Digitalisierung und Vernetzung das Leben der Bürgerinnen und Bürger lebenswerter und einfacher machen. Deshalb wollen wir diesen Wandel zum Nutzen der Menschen gestalten.

- Um die Potenziale der Digitalisierung für Brandenburg nutzen zu können, brauchen wir einen Kulturwandel in vielen Bereichen der Wirtschaft und der Verwaltung. Es geht darum, Prozesse neu denken, offen für Neues zu sein, über den Tellerrand hinaus zu denken. Mit der Digitalisierungsstrategie haben wir einen guten Kompass für die nächsten Jahre, wie wir mit Hilfe der Digitalisierung das Leben in Brandenburg – gerade im ländlichen Raum – einfacher und besser machen können. Dabei kommt der kürzlich gegründeten DigitalAgentur Brandenburg eine wichtige Rolle zu. Sie soll ressortübergreifend arbeiten und eine dienstleistungsorientierte und projektbezogene Unterstützungs- und Umsetzungsstruktur für die Digitalisierungsaktivitäten Brandenburgs bieten. Mit der Zukunftsstrategie Digitales Brandenburg nimmt das Land die Digitalisierung als Gestaltungsaufgabe und Modernisierungschance an. In den kommenden Jahren werden wir die Strategie konsequent umsetzen und weiterentwickeln.
- Bis zum Jahr 2022 wollen wir gemeinsam mit den Kommunen alle Verwaltungsleistungen digital anbieten. Dazu bauen wir den zentralen IT-Dienstleister des Landes zu einem Kompetenzzentrum und Dienstleister für unsere Kommunalverwaltungen aus, um einen hohen Standardisierungsgrad zu erreichen.
- Auf die großen Veränderungen des digitalen Zeitalters müssen wir die Menschen unseres Landes vorbereiten. Wir werden die digitalen Kompetenzen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, von älteren Menschen sowie von Lehrkräften, Schülerinnen und Schülern stärken und einen Digitalen Weiterbildungscampus gründen.
- Der Ausbau der digitalen Infrastruktur ist und bleibt eine Schlüsselfrage für unser Land. Wir stellen über 200 Mio. Euro bereit, um den Breitbandausbau sicherzustellen.

- Die flächendeckende, leistungsfähige Mobilfunkversorgung im ganzen Land ist für uns entscheidend. Auf Bundesebene werden wir uns weiterhin dafür einsetzen, dass die Telekommunikationsunternehmen die Mobilfunkversorgung in ländlichen Regionen durchgreifend verbessern. Sollte die Bundespolitik nicht kurzfristig günstigere Rahmenbedingungen schaffen, werden wir eine eigene Mobilfunkförderung auf den Weg bringen.
- Im Bereich der Digitalisierung wollen wir enger mit Berlin zusammenarbeiten. Unser Ziel ist es, neues Wachstum und neue Wertschöpfung zu ermöglichen – und zwar in Brandenburg und Berlin.
- Wir wollen die Etablierung von Co-Working- und Co-Living-Spaces unterstützen.
- Der Datenschutz ist eine der großen Herausforderungen der Digitalisierung. Wir streben hohe Sicherheitsstandards und maximale Datenautonomie für die Nutzerinnen und Nutzer an. Unternehmen sollen mit strikten Sanktionen bei Datenmissbrauch rechnen müssen.

12. Wir wollen EIN Brandenburg, in dem die Menschen auf ihre Städte, Gemeinden und Landkreise vertrauen

Wir wollen den Menschen ein verlässliches und modernes Zuhause in Brandenburg bieten. Dieses große Ziel können wir nur gemeinsam mit unseren Städten, Gemeinden und Landkreisen erreichen. Sie sind die ersten Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger und mit ihnen identifizieren sich die Menschen überall im Land.

- Wir wollen unsere Kommunen bei den Herausforderungen der Zukunft unterstützen. Daher werden wir sie insbesondere bei der Gewinnung von Fachkräften und auf dem Weg zur digitalen Verwaltung begleiten.
- Wir werden die Finanzkraft unserer Kommunen weiter stärken. Den kommunalen Anteil an den Landeseinnahmen erhöhen wir stufenweise auf 22,43 Prozent. Damit erhalten die Kommunen allein in den Jahren von 2019 bis 2022 insgesamt rund 800 Millionen Euro mehr Mittel.
- Unser Ziel bleibt eine leistungsfähige Selbstverwaltung in allen Teilen unseres Landes. Für die Lösung der anstehenden Aufgaben brauchen wir mehr Kooperationen zwischen den Landkreisen und kreisfreien Städten, aber auch zwischen unseren Gemeinden. Wir unterstützen und fördern kommunale Zusammenschlüsse. Vor Entscheidungen über Zusammenschlüsse kommunaler Körperschaften sollen die Einwohnerinnen und Einwohner befragt werden.
- Wir werden die Entwicklung kommunaler Digitalisierungsstrategien unterstützen und die Kommunen in Fragen der IT-Sicherheit beraten.
- Wir ermöglichen Budgets für Ortsbeiräte, sodass vor Ort der Gestaltungsspielraum wächst.

13. Wir wollen EIN Brandenburg, das alle Regionen stärkt

Die SPD ist die Brandenburg-Partei. Wir arbeiten für EIN Brandenburg, in dem alle Regionen lebenswert sind. EIN Brandenburg, in dem die Menschen zusammenhalten – auf dem Land und in den Städten. Dorf und Stadt prägen das Lebensgefühl in Brandenburg gleichermaßen. Seine Lage rund um die europäische Metropole Berlin und mitten im Herzen Europas verschafft unserem gesamten Land zudem einen einzigartigen Standortvorteil.

Eine große Stärke Brandenburgs ist der Zusammenhalt der Brandenburgerinnen und Brandenburger. Dieser Zusammenhalt ist nicht selbstverständlich, sondern auch das Ergebnis einer erfolgreichen sozialdemokratischen Politik für das ganze Land. Im Kern ging und geht es darum, dass wir die unterschiedlichen Regionen des Landes mit ihren verschiedenen Stärken als Chance begreifen und stets darauf bedacht sind, Brandenburg in seiner Gesamtheit in allen Regionen gleichermaßen voranzubringen und zu fördern.

Denn es geht in Zukunft mehr denn je darum, die Stärke des Zusammenhaltes und die Kooperationsbereitschaft in Branden-

burg für die Bewältigung der großen Zukunftsherausforderungen zu nutzen. Für Innovationen und nachhaltige Lösungen beim Verkehr, bei der Daseinsvorsorge, bei den flächendeckend besten Bildungsangeboten, bei Digitalisierung, Tourismus, Klima- und Umweltschutz, Infrastrukturausbau, Verwaltungsarbeit, bei der Stärkung des Wirtschaftsstandortes und der Aufrechterhaltung einer bürgernahen Verwaltung ist Kooperation wie interkommunale Zusammenarbeit ein Schlüssel zum Erfolg.

In allen politischen Handlungsfeldern können wir gemeinsam mehr erreichen für eine gute und behutsame Entwicklung unseres Landes. Regionale Identität mit regionaler Zusammenarbeit zu verbinden, darum geht es. Heimatverbundenheit nicht mit Kleinmut und Politik von der Kirchturmspitze zu verwechseln, sondern Kräfte zu bündeln, darin liegen große Chancen. Das entspricht nicht zuletzt auch dem Wunsch der Brandenburgerinnen und Brandenburger nach lokaler Identität als Anker in einer unruhigen Zeit. Ein starkes Brandenburg mit starken Regionen.

Mit einem neuen Dreiklang aus regionaler Identität, Räumen für Innovation und Stärkung der Regionen sorgen wir für einen Perspektivwechsel und ermöglichen die Verknüpfung von Berlin, dem Brandenburger Umland von Berlin und den berlinfernen Regionen unseres Landes.

Grundlage ist der Respekt vor der regionalen Identität und der Unterschiedlichkeit verschiedener Landstriche der Mark. Wir verstehen die allgegenwärtigen Veränderungsprozesse in Stadt und Land als Ansporn, scheinbare Gegensätze zu hinterfragen. Aus der Zusammenführung von traditionellen Akteurinnen und Akteuren und hochmodernen Digitalbranchen kann ein großes Modernisierungspotenzial für unser Land entstehen. Neue Räume für Innovationen sind deshalb das zweite Element dieses neuen Politikansatzes. Dabei setzen wir auf die konsequente Modernisierung unseres Landes unter anderem durch gezielte Behörden-, Wirtschafts- und Wissenschaftsansiedlung.

- Wir werden in Abstimmung mit dem Land Berlin die Regionale Zusammenarbeit in der Staatskanzlei organisieren. So wie es einen Beauftragten für die Lausitz gibt, wird es zukünftig Regionalbeauftragte für alle Planungsregionen angebonden bei der Landesregierung geben. Sie übernehmen die geschäftsführende Aufgabe der Koordination, des Vernetzens und des Kümmerns, unterstützen die Arbeit der Regionalrätinnen und Regionalräte und sind gemeinsam mit dem Regionalratsvorsitzenden Scharnier zwischen Landesregierung und Region.
- Wir werden die Regionalen Planungsregionen nach der Wahl gemeinsam mit den Landkreisen und Kommunen einer Überprüfung unterziehen und überarbeiten.

Unser Ziel ist eine vom Land, den Kommunen und Berlin gemeinsam getragene koordinierende Strukturförderung, die alle Akteurinnen und Akteure aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft vernetzt. Durch die Verbindung der Regionalen Wachstumskerne und Branchenschwerpunkte mit der Etablierung von Innovationskorridoren entsteht eine in die Fläche zielende Wirtschafts- und Regionalentwicklung. In diesen Prozess werden deshalb auch die Planungsregionen einbezogen. Auf diese Weise sorgen wir für einen Perspektivwechsel und ermöglichen die Verknüpfung von Berlin mit den äußeren Regionen unseres Landes.

- Zukünftig wollen wir bei der Erstellung der Regionalpläne neue Wege gehen und die Erarbeitung gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern und allen gesellschaftlichen Akteuren in einem partizipativen regionalen Beteiligungsprozess gestalten. Bei der Erarbeitung wollen wir eng mit den wissenschaftlichen Einrichtungen des Landes kooperieren.
- Die Wachstumsherausforderungen der Gemeinden und Städte im Berliner Umland sind trotz unterschiedlicher Größen sehr ähnlich. Wir werden eine strukturelle Vernetzung im Berliner Umland schaffen, die es ermöglicht, innerhalb des Landes Brandenburg und bei Planungen des Landes Berlin abgestimmt und mit einer starken Stimme aufzutreten. Die konkrete Ausgestaltung werden wir mit der vom Städte- und Gemeindebund gegründeten Arbeitsgemeinschaft „Städte und Gemeinden des Berliner Umlandes“ und den betroffenen Landkreisen entwickeln.
- Wir wollen in Brandenburg Innovationskorridore schaffen, die jenseits der berlinnahen Regionen Chancen für die Entwicklung der ganzen Metropolregion bieten. Die Innovationskorridore sollen sich durch neue innovative For-

men des Wohnens, des Arbeitens und der Mobilität auszeichnen. So können neue Entwicklungsdynamiken, neues Wachstum und neue Beschäftigung entstehen – und dies unter den veränderten Bedingungen von Digitalisierung, Internationalisierung und demografischem Wandel. Die gezielte Unterstützung von moderner Infrastruktur und Zukunftstechnologien trägt neue Wachstumspotenziale in Regionen, die heute noch strukturschwach sind. In den Korridoren sollen die Landesverwaltungen, Fördergesellschaften und Hochschulen zusammen mit den Unternehmen Außen- und Präsenzstellen errichten, die zu Fachkräftezentren ausgebaut werden.

- In den Korridoren sollen Wohn- und Gewerbeflächen entlang der Verkehrsachsen entwickelt werden, z. B. auf nicht mehr benötigten Bahn- und Militärflächen.
- Eine Veränderung der Behördenstruktur werden wir auf der Grundlage der Analyse aktueller Strukturen vornehmen. Ziel ist, die Aufgaben der Ministerien und der nachgeordneten Behörden vorab so zu definieren und abzugrenzen, dass eine Verlagerung von Behörden und/oder Behördenteilen der Landesverwaltung ermöglicht wird, ohne dadurch die Arbeitsfähigkeit der Landesregierung und die Zusammenarbeit mit dem Landtag am Sitz in Potsdam einzuschränken.

Entscheidungen werden wir auf der Grundlage transparenter wirtschaftlicher Begründungen, einer Einbeziehung der Mitarbeitenden, Personalvertretungen und Gewerkschaften sowie eines Kommunen und Regionen übergreifenden Interessenausgleichs treffen. Neue flexible Formen von Arbeit und Kommunikation in der digitalen Gesellschaft berücksichtigen wir. Umsetzungen sollen langfristig erfolgen und die bevorstehende natürliche Personalfluktuations der nächsten Jahre berücksichtigen, um so alle Maßnahmen sozialverträglich zu gestalten. Diese Maßstäbe wenden wir bei allen Standortentscheidungen verbindlich an.

- Wir bekennen uns zu unserer Verantwortung für die Lausitz. Die Lausitz ist eine Region mit Tradition und Zukunft. Sie war und ist wirtschaftlich und kulturell von der Energieerzeugung geprägt, die über ein Jahrhundert hinweg die zentrale Wertschöpfungsquelle der Region war. Eine nachhaltige Klimapolitik in Deutschland und Europa macht einen Strukturwandel zwingend notwendig. Die Lausitz ist heute eine wirtschaftlich starke Region und soll es auch in Zukunft bleiben. Die Empfehlungen der Kommission für Wachstum, Strukturentwicklung und Beschäftigung (der sogenannten Kohlekommission) bieten eine gute Grundlage für einen erfolgreichen Transformationsprozess in der Lausitz. Mit den Leuchtturmprojekten im Rahmen des Strukturstärkungsgesetzes werden wir große Infrastrukturprojekte in den Bereichen Verkehrsanbindung, Forschung, Gesundheit und Digitalisierung verwirklichen und damit wichtige strukturpolitische Impulse setzen. Wir drängen darauf, dass der Bund seiner strukturpolitischen Verantwortung gerecht wird.
- Unser Ziel ist ein Standort der Landesregierung in Cottbus. Durch die Verlagerung von Aufgaben nach Cottbus wollen wir dazu beitragen, die Stadt als wissenschaftliches, kulturelles und wirtschaftliches Zentrum der Lausitz zwischen dem Ballungsraum Berlin/Potsdam und dem Ballungsraum Dresden zu stärken. Für die Ansiedlung von bis zu 250 Mitarbeitenden bis zum Jahr 2023 in Cottbus ist eine Grundsatzentscheidung gefallen. Die Landesregierung hat entschieden, mit den Planungen für die Verlagerung des Wissenschafts- und Kulturministeriums zu beginnen. Wenn nach der Landtagswahl der genaue Aufgabenzuschnitt der Ministerien feststeht, wird durch eine Konkretisierung und Detailprüfung sichergestellt, dass bei Wahrung der Wirtschaftlichkeit Behörde und Aufgaben so aufgeteilt werden, dass eine Zusammenarbeit innerhalb der Landesregierung und des Landtages am Standort Potsdam funktioniert.
- Die Menschen in Brandenburg sollen sich frei entscheiden können, ob sie in der Stadt oder auf dem Land leben möchten. Dafür ist es wichtig, die Daseinsvorsorge überall im Land zu sichern. Gerade der ländliche Raum steht hierbei vor großen Herausforderungen. Mit der LEADER-Förderung leisten wir eine wichtige Grundlage für Lebensqualität im ländlichen Raum. Dazu zählen die Bereiche Kita, Schule, medizinische Versorgung sowie Mobilität. Zukünftig sollen auch „Themendörfer“ gefördert werden, um spezielle Stärken zu unterstützen. Mit dem Landesentwicklungsplan machen wir es möglich, dass Gemeinden im ländlichen Raum als grundfunktionale Schwerpunkte ausgewiesen werden. Die betroffenen Gemeinden erhalten eine zusätzliche Förderung über den kommunalen Finanzausgleich.
- In einem Europa der Regionen wollen wir mit unseren sächsischen und polnischen Nachbarn die Zusammenarbeit in

der Lausitz weiter vertiefen und die Region grenzüberschreitend zu einer Europäischen Modellregion entwickeln.

14. Wir wollen EIN Brandenburg, das Geflüchteten Schutz bietet und ein friedliches und geregeltes Zusammenleben sicherstellt

Brandenburg ist ein solidarisches Land. Brandenburg steht für Humanität und Toleranz. Menschen, die Schutz brauchen, finden hier Hilfe. Diese Haltung haben die Brandenburgerinnen und Brandenburger in den letzten Jahren bewiesen. Sie erwarten aber auch, dass die Regeln friedlichen Zusammenlebens von allen eingehalten werden. Für eine erfolgreiche Integration von geflüchteten Menschen sind für uns vor allem das Erlernen der deutschen Sprache und die Aufnahme von Arbeit entscheidend. Wir setzen dabei auf das Prinzip Fördern und Fordern. Um eine schnelle Integration in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen, soll die Anerkennung von Schul- und Ausbildungsabschlüssen beschleunigt werden. Das Programm „Refugee Teacher“ werden wir ausbauen. Mit dem „Bündnis für Brandenburg“ haben wir eine zentrale Struktur geschaffen, um die verschiedenen Akteure, Konzepte und Initiativen im Bereich der Integration zu bündeln. Gerade die ehrenamtlich getragenen Flüchtlingsinitiativen haben einen unschätzbaren Beitrag zur Integration geleistet und leisten ihn immer noch.

Auch Asylsuchende, über deren Asylantrag noch nicht entschieden wurde, sollen Deutsch- und Integrationskurse besuchen können. Die duale Ausbildung bietet gerade jungen Geflüchteten die Chance zur Integration in den Arbeitsmarkt, die wir im Rahmen der Ausbildungsduale verstärkt anwenden wollen. Geflüchteten, die gute Integrationserfolge nachweisen können, kann im Rahmen des Aufenthaltsrechts ein dauerhafter Aufenthalt ermöglicht werden. Wenn die Verfahren ergeben, dass Flüchtlinge und Asylsuchende nicht in Deutschland bleiben können, müssen sie das Land verlassen.

Wir werden auch in Zukunft alle Bemühungen unterstützen, um Fluchtursachen zu bekämpfen.

15. Wir wollen EIN Brandenburg, das seine einzigartige Natur bewahrt, schonend Energie erzeugt und die Interessen der Verbraucher schützt

Brandenburg verfügt über eine einzigartige Natur, unzählige Seen und tiefe Wälder. Diese Kostbarkeiten sind ein Wert an sich, aber auch ein besonderer Standortvorteil Brandenburgs, den es zu bewahren gilt. Daher wollen wir den Umweltschutz und den Naturschutz mit dem Erhalt wertvoller großer Landschaftsräume und den Artenschutz unserer reichen heimischen Pflanzen- und Tierwelt weiter stärken, ohne die Bedürfnisse von Menschen und Wirtschaft außer Acht zu lassen. In diesem Zusammenhang sind auch die Art und Weise, wie Energie erzeugt und wie Lebensmittel produziert werden, entscheidende Zukunftsfragen.

- Wir bekennen uns zu den Ergebnissen der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung (K-WSB) und damit zu einem Ausstieg aus der Braunkohleverstromung spätestens im Jahr 2038. 2038 ist das Minimalziel. Wir werden in der Landesregierung alles unternehmen, die Schaffung neuer zukunftssicherer Arbeitsplätze so zu forcieren, dass ein früherer Ausstieg erreichbar wird. Dazu werden wir einen Lausitzplan entwickeln und jährlich fortschreiben. Wir sind uns dabei der Verantwortung für eine sichere und immer klimaschonendere Energieversorgung bewusst.
- Energie, vor allem Strom, muss für die Menschen im Land wie für die Unternehmen bezahlbar bleiben. Das ist auch eine soziale Frage. Wir setzen uns deshalb auf Bundesebene weiter für eine gerechtere Verteilung der Kosten der Energiewende ein.
- Kaum ein anderes Land hat den Ausbau der erneuerbaren Energien stärker vorangetrieben als Brandenburg. Wir werden diesen Weg mit Augenmaß weitergehen. Dazu gehört auch, dass der Ausbau der Netze und die Verfügbarkeit von Speichern mit diesem Ausbau Schritt halten müssen. Die Förderung von Kleinspeichern wollen wir daher fortführen.
- Zugleich setzen wir uns für den Ausgleich zwischen den energiepolitischen Erfordernissen und den berechtigten Interessen der Brandenburgerinnen und Brandenburger und ihrer Kommunen ein. Aus diesem Grunde sprechen wir uns für eine Stärkung der kommunalen Planungshoheit aus.

- Bei der von der K-WSB empfohlenen schrittweisen Reduzierung der Braunkohleverstromung werden wir darauf achten, dass die Betreiber von Kraftwerken und Tagebauen ihren Rekultivierungsverpflichtungen jederzeit und in vollem Umfang nachkommen. Gerade in diesem Zusammenhang erwarten wir, dass finanzielle Folgen bundespolitischer Entscheidungen auch vom Bund getragen und nicht den betroffenen Ländern überlassen werden.
- Der Hochwasserschutz bleibt für uns ein Schwerpunkt. Die Hochwasserschutzmaßnahmen an Oder und Elbe werden in Kürze abgeschlossen. Die Maßnahmen an den Nebenflüssen müssen wir deutlich verstärken. Wir wollen den Flüssen mehr Raum geben. Über ein transparentes Planungsverfahren sorgen wir für möglichst hohe Akzeptanz der Maßnahmen.
- Der Schutz des Spreewaldes ist unser besonderes Ziel. Mit dem Aktionsprogramm Spreewald wollen wir diese einzigartige Kulturlandschaft erhalten. So sollen Hochwasserschutz, die weitere Entschlammung der Fließgewässer genauso wie Marketingmaßnahmen unterstützt werden.
- Wasser ist ein wichtiges und schützenswertes Gut. Diesem Grundsatz trägt das „Leitbild zukunftsfähige Siedlungswasserwirtschaft“ Rechnung. Wir geben damit Anreize für zukunftsfähige Strukturen im Bereich der kommunalen Wasserwirtschaft. Die finanzielle Sicherstellung der Wasserversorgung und der Abwasserbeseitigung zu bezahlbaren Preisen gehört zu unseren wichtigsten langfristigen Aufgaben.
- Wir setzen uns für eine Abfallwirtschaft ein, die sozialverträgliche Abfallgebühren erhält, zur Abfallvermeidung beiträgt und die Ressourceneffizienz und den Klimaschutz bei allen abfallwirtschaftlichen Aktivitäten fördert.
- Die Vermeidung von Plastikmüll ist uns ein bedeutendes Anliegen. Bei öffentlichen Veranstaltungen soll kein Einwegplastik mehr zum Einsatz kommen. Wir werden Maßnahmen gegen Mikroplastik in Produkten und im Grundwasser ergreifen und gegen unnötige Plastikverpackungen vorgehen.
- Wir wollen die anspruchsvollen Klimaschutzziele gemeinsam mit den Städten und Gemeinden angehen und beispielgebende Handlungsfelder für Nachhaltigkeit mit Interessierten und besonders auch jungen Menschen entwickeln.
- Die Rückkehr des Wolfes stellt alle Beteiligten vor große Herausforderungen. Zum einen ist der Beutegreifer streng geschützt, zum anderen gilt es, die berechtigten Interessen der betroffenen Menschen, insbesondere der Weidetierhalter, zu berücksichtigen. Ziel muss es sein, die Belastungen der Weidetierhalter so gering wie möglich zu halten. Dazu werden wir die Präventionsmaßnahmen weiter ausbauen und einen umfassenden Schadensausgleich anbieten. Gegebenenfalls muss der besondere Schutzstatus gelockert werden.
- Bei der Bekämpfung der Umweltkriminalität haben wir wichtige Erfolge erzielt. Gemeinsam mit den Kommunen lassen wir in den Anstrengungen nicht nach. Die Höhe der Sicherheitshinterlegung für Unternehmen in diesem Bereich wird überprüft.
- Das Netz der Großschutzgebiete, bestehend aus Nationalpark, UNESCO-Biosphärenreservaten und Naturparks, bleibt in der Verantwortung des Landes. Sie bilden Zentren der Biodiversität, aber auch attraktive Orte für nachhaltigen Tourismus. Wir werden mit den Naturparkverwaltungen und in Abstimmung mit dem Landesjagdverband einen Prädatoren-Managementplan auflegen, um die Artenvielfalt und Brutstätten zu schützen.
- Um den Luftverkehr gerecht zu besteuern, setzen wir uns bei der Bundesregierung und der EU für den Ausbau der Luftverkehrssteuer und die Besteuerung des Kerosins ein.
- Die große Vielfalt von besonderen Lebensräumen und Arten, die unser Land bietet, gilt es zu erhalten und zu schützen. In Deutschland sind fast drei Viertel aller Tierarten Insekten. Sie sind aus unserem Leben nicht wegzudenken und wir brauchen die Insekten. Wir haben einen Dialogprozess zum Insektenschutz eingeleitet, werden verschiedene Maßnahmen bündeln und ein auf Brandenburg zugeschnittenes Aktionsprogramm erarbeiten. Schon kurzfristig

unterstützen wir die Anlage von Streuobstwiesen, Gehölzen und Blühstreifen, um den Lebensraum der Insekten aktiv zu schützen.

- Wir werden die Artenvielfalt der brandenburgischen Tier- und Pflanzenwelt landesweit überwachen, um frühzeitig auf Veränderungen reagieren und die gesammelten Daten für die Umweltbildung einsetzen zu können.
- Brandenburg ist Land der Alleen. Wir werden uns weiter für deren Erhalt einsetzen. Das Alleekonzept soll evaluiert und fortgeschrieben werden. Unser Ziel ist es, kulturhistorische und ökologische Aspekte sowie die Verkehrssicherheit gleichrangig zu berücksichtigen.
- Wir betreiben auch weiterhin eine Verbraucherschutzpolitik, die über Information und Kennzeichnung von Produkten oder Dienstleistungen Konsumentinnen und Konsumenten in die Lage versetzt, bewusste Entscheidungen zu treffen. Die Verbraucherberatung ist ein Grundpfeiler für eine starke Verbraucherpolitik. Die Verbraucherzentralen werden wir bedarfsgerecht ausstatten, um ihre Dienstleistungen allen Brandenburgerinnen und Brandenburgern anbieten zu können. Essen soll nicht nur schmecken, sondern auch gesund sein. Wir werden uns für mehr Transparenz bei der Kennzeichnung von Lebensmitteln einsetzen. Kinder und Jugendliche wollen wir frühzeitig für gesunde Essgewohnheiten und den Umgang mit Lebensmitteln sensibilisieren. Deshalb fördern wir das Schulobst- und Schulmilchprogramm weiterhin. Die Gemeinschaftsverpflegung in Kitas und Schulen mit gutem und leckerem Essen spielt für uns eine große Rolle. Zugleich ist die Reduzierung der Lebensmittelverschwendung für uns ein wichtiges Ziel.

16. Wir wollen EIN Brandenburg, in dem Menschen bis ins hohe Alter aktiv und selbstbestimmt leben und in dem alle Menschen gleichberechtigt teilhaben

In Brandenburg werden die Menschen immer älter. Damit geht in der Regel ein Gewinn an aktiven Jahren einher. Für Seniorinnen und Senioren verlängert sich die Phase, in der sie ihr Leben aktiv und selbständig gestalten können. Unsere Seniorenpolitik zielt daher darauf ab, Menschen bis ins hohe Alter ein aktives und selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen.

- Wir setzen uns für eine eigenständige Respektrente ein, die deutlich über der Grundsicherung liegt. Die Angleichung der Renten an das Westniveau muss umgehend realisiert werden. Wir unterstützen die Forderung nach einem Gerechtigkeitsfonds für jene Menschen, die durch die Rentenüberleitung der Nachwendezeit Nachteile erlitten haben.
- Um die Gesundheit der älteren Brandenburgerinnen und Brandenburger zu verbessern, wollen wir die Angebote für Senioren- und Rehasport ausweiten. Außerdem sollen Seniorinnen und Senioren besser über Möglichkeiten der Gesundheitsvorsorge informiert werden.
- Wir wollen die Mitwirkungsrechte und die Teilhabe an der politischen Willensbildung auf allen Ebenen fördern.
- Um die Arbeit für die ältere Generation noch besser zu unterstützen, werden wir einen Landessenorenbeauftragten installieren.
- Künftig schreiben wir die seniorenpolitischen Leitlinien im Drei-Jahres-Rhythmus fort, um auf neue Erkenntnisse angemessen reagieren und entsprechende Maßnahmen integrieren zu können.

Menschen mit Behinderungen sind selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft, Gesellschaftliche Teilhabe ist ein Menschenrecht und umfasst alle Lebensbereiche. Familie, Wohnen, Bildung, Arbeit, Kultur, Politik, ehrenamtliches Engagement, Mobilität, medizinische, pflegerische und therapeutische Versorgung sind nur die wichtigsten Aufgaben, bei denen wir Menschen mit Behinderungen unterstützen wollen, ihr Wunsch- und Wahlrecht wahrzunehmen.

- Im Jahr 2018 haben wir mit der Umsetzung der wichtigsten Regelungen des Bundesteilhabegesetzes begonnen. Hier werden wir weitere Anstrengungen unternehmen, um die Herausforderungen zu meistern.

- Mit dem Behindertenpolitischen Maßnahmenpaket verfolgen wir einen umfassenden Ansatz, um Menschen mit Behinderungen Teilhabechancen zu ermöglichen. Wir werden das Paket evaluieren und gemeinsam mit den Vertreterinnen und Vertretern der Landesbehindertenverbände und den kommunalen Behindertenbeauftragten fortschreiben.
- Wir setzen uns für ein inklusives Leben von Anfang an ein. Kitas und Schulen werden wir schrittweise weiterentwickeln, sodass Kinder mit und ohne Behinderungen gemeinsam spielen, lernen und ein selbstverständliches Miteinander erleben können.
- Gemeinsam mit den Kommunen wollen wir die Betreuung von Kindern und Jugendlichen mit körperlicher, seelischer oder geistiger Behinderung ab dem 13. Lebensjahr am Nachmittag und in den Ferien ermöglichen.
- Wir fördern Berufsorientierung und Ausbildung von Menschen mit Behinderung auch auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt unabhängig von den Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM). Gemeinsam mit den Trägern der WfbM und der Behindertenselbsthilfe werden wir Modelle erarbeiten sowie das „Budget für Arbeit“ weiterentwickeln, um den Übergang aus der geschützten Beschäftigung in den WfbM in den allgemeinen Arbeitsmarkt zu erleichtern.
- Eine zentrale Aufgabe bleiben die Abschaffung von Barrieren in unserer Sprache, in unseren Städten und Gemeinden und ein freier Zugang zum ÖPNV. Wir setzen uns ein für barrierefreies Internet, behindertengerechte Räume und Wohnungen sowie für die Etablierung von Gebärdensprache, Blindenschrift und Leichter Sprache.
- Die Digitalisierung bringt Chancen, Unterstützung und Assistenz für Menschen mit Behinderungen bei der Teilhabe in vielen Bereichen unseres Lebens. Wir müssen darüber wachen, dass keine neuen Barrieren entstehen.
- Wir werden den Rundfunkstaatsvertrag dahingehend ändern, dass je eine Vertreterin oder ein Vertreter der Landesbehindertenbeiräte von Brandenburg und Berlin als zusätzliches Mitglied in den Rundfunkrat aufgenommen wird.
- Das Landespflegegeld für Schwerbehinderte, Blinde und Gehörlose werden wir regelmäßig überprüfen und anpassen.

17. Wir wollen EIN Brandenburg, in dem ein vielfältiges Kultur- und Sportangebot das Leben bereichert

Kultur

Brandenburg ist ein Land der Kultur. Kulturelle Angebote steigern die Attraktivität unseres Landes und machen es lebenswert. Der Kulturtourismus stellt mittlerweile einen wichtigen Wirtschaftsfaktor dar. Wir setzen uns für einen freien Zugang zu Kultur und Kunst für alle Menschen ein.

Die SPD Brandenburg versteht sich als eine Partei, die das kulturelle Spektrum in seiner Gesamtheit in den Blick nimmt und das Wirken von Kulturschaffenden schützt und unterstützt: Wir machen uns gleichermaßen stark für die Kreativen und Nutzerinnen und Nutzer sowie für die Vielfalt kultureller Ausdrucksformen. Klassische Orchester gehören ebenso dazu wie z. B. Laienchöre, Rock-, Pop- und elektronische Musik, Theater, Museen, soziokulturelle Zentren, Kinos, digitale Kunst und Kultur oder die Literatur.

Kultur verstehen wir als ein öffentliches Gut. Sie muss allen zugänglich sein, unabhängig von Elternhaus, Einkommen, Abstammung, Bildung oder Gesundheit. Kultur darf nicht kommerziellen Zielen untergeordnet werden, denn sie besitzt Eigensinn und Eigenwert.

Die Kultur braucht in Brandenburg neben den landes- und deutschlandweit bekannten kulturellen Leuchttürmen eine freie Kulturszene. Sie werden wir finanziell besser ausstatten. Die freien Theater ohne feste Spielstätten sind gerade im ländlichen Raum ein fester Bestandteil des kulturellen Lebens. So zieht zum Beispiel die Tournee „Theater in historischen Stadtkernen“ der Arbeitsgemeinschaft „Städte mit historischen Stadtkernen“ jährlich zahlreiche Besucherinnen und Besucher an.

Die SPD steht zu ihrem Anspruch „Kultur für alle“: Wir ermöglichen Kultur unabhängig von Geldbeutel, Schulabschluss, Alter, Geschlecht oder Herkunft. Kindern, Jugendlichen und Studierenden wollen wir solidarisch mit den Kommunen die Chance bieten, Theater und Museen ohne Eintrittsgeld zu erleben.

- Die Kulturpolitik in Brandenburg hat sich 2012 mit der kulturpolitischen Strategie einen Rahmen gegeben, um die Entwicklungslinien ebenso wie den gesellschaftspolitischen Beitrag der Kultur zu verdeutlichen. Dabei ging es um zweierlei: zum einen darum, die erfolgreichen Kultureinrichtungen, die seit vielen Jahren zu einem lebendigen Kulturleben beitragen, zu stärken und auf ein dauerhaft gesichertes finanzielles Fundament zu stellen. Zum anderen die Mittel für die Projektförderung der freien Träger und für Künstlerinnen und Künstler deutlich zu stärken. Wir wollen die kulturpolitische Strategie des Landes Brandenburg weiterentwickeln. Künftig werden wir verstärkt auch regionale kulturelle Ankerpunkte im ländlichen Raum fördern.
- Wir werden einen Heimat-Scheck einführen. Damit sollen Maßnahmen gefördert werden können, die sich mit dem Thema Heimat und Heimatgeschichte im Zusammenhang mit lokalen und regionalen Inhalten befassen. Die erfolgreiche Arbeit des Netzwerkes Industriekultur fördern wir weiterhin.
- Die Kunst- und Musikschulen leisten einen wertvollen Beitrag zur kulturellen Bildung im Land. Wir werden die bisherige Förderung überprüfen und anpassen.
- Wir werden die erfolgreiche Arbeit der freien Theater in Brandenburg weiter mit aller Kraft unterstützen. Dazu bringen wir für die Freien Theater mit eigenen Häusern eine strukturelle Förderung mit eigenem Haushaltstitel auf den Weg, die Planungssicherheit gewährt und ihrer langjährigen erfolgreichen Arbeit für Brandenburg Rechnung trägt. Einkommensgerechtigkeit darf vor der Kultur nicht haltmachen. Deswegen führen wir Honoraruntergrenzen bei der Kulturförderung ein. Um dies zu realisieren, erhöhen wir die Fördermittel in den nächsten Jahren kontinuierlich.
- Die Kirchen sind kulturelle Anker in den Dörfern unseres Landes. Sie sind nicht nur für Christinnen und Christen, sondern auch für konfessionslose Menschen und Menschen anderen Glaubens Identifikationspunkte. Deswegen werden wir gemeinsam mit den Kirchen nach Wegen suchen, die Sanierung von Dorfkirchen zu sichern.
- Die Gedenkstätten im Land Brandenburg sind ein zentraler Baustein der Erinnerungskultur. Wir werden sie weiter unterstützen und fördern.
- Die Sorben und Wenden gehören unverzichtbar zu unserem Land. Ihre Kultur zu fördern und zu pflegen ist unser erklärtes Ziel. Gemeinsam mit dem Bund und dem Freistaat Sachsen werden wir das Finanzierungsabkommen anpassen.
- Die Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften sind wichtige Partner des Landes Brandenburg. Diese Zusammenarbeit wollen wir weiter vertiefen.
- Gemeinsam mit den Kommunen wollen wir ein Bündnis für Kultur ins Leben rufen, um kulturelle Angebote und Infrastruktur überall im Land weiterzuentwickeln.
- Wir wollen die Wettbewerbsfähigkeit des Film- und Medienstandorts Babelsberg stärken und die Filmförderung erhöhen.

Breiten- und Spitzensport

Brandenburg ist ein Land des Sports. Unsere Spitzensportlerinnen und -sportler sind erfolgreich bei Weltmeisterschaften oder Olympischen Spielen, im Sommer- und auch im Wintersport. Der Sport prägt aber auch den Alltag vieler Brandenburgerinnen und Brandenburger: Fast 350.000 Kinder, Jugendliche, Frauen und Männer treiben in mehr als 3.000 Vereinen Sport und zehntausende engagieren sich in der Vereinsarbeit. Großer Dank gilt auch Eltern, die sich in den Vereinen ihrer Kinder mit einbringen. Wichtig ist uns auch der Sport für Menschen mit Behinderung. Wir freuen uns über ihre Erfolge. Deshalb

unterstützen und fördern wir weiter den Sport für Menschen mit Behinderung und die Sportbewegung „Special Olympics“ für Menschen mit geistiger Behinderung.

Der Sport ist ein wichtiger Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sport vermittelt Werte, bringt Menschen zusammen und ist wesentlicher Bestandteil eines gesunden Lebensstils. Sport ist wichtig für die körperliche, aber auch soziale Entwicklung der Kinder und Jugendlichen. Deshalb gibt es an unseren allgemeinbildenden Schulen drei Wochenstunden Sportunterricht. Das ist mehr als in vielen anderen Bundesländern, aber richtig für unsere Schülerinnen und Schüler. Wichtig ist uns die direkte Kooperation von Schulen mit den lokalen Sportvereinen insbesondere in Ganztagsangeboten. Wir wollen erreichen, dass der Breitensport noch mehr Zulauf bekommt und die Vereine auch in den ländlichen Räumen gut ausgestattet sind. Gerade dort sind sie für das soziale Leben von großer Bedeutung.

- Entsprechend der Bedeutung des Sports im Land Brandenburg haben wir die Sportförderung über den Landessportbund um 2 Millionen Euro auf 19 Millionen Euro jährlich erhöht. Die finanzielle Förderung des Sports werden wir auch in den nächsten Jahren an die Mitgliederzahlentwicklung und die Kostensteigerungen anpassen.
- Gemeinsam mit dem Landessportbund wollen wir ein „Haus des brandenburgischen Sports“ errichten. Dafür stellt das Land mehr als 8 Millionen Euro zur Verfügung.
- Unsere drei Sportschulen in Brandenburg besitzen Beispielcharakter in Deutschland. Wir werden ihre Schulträger finanziell und logistisch dabei unterstützen, dieser Bedeutung auch künftig gerecht zu werden.

18. Wir wollen EIN Brandenburg, in dem Menschen füreinander Verantwortung übernehmen und sich freiwillig einbringen

Brandenburg war immer erfolgreich, wenn es als offenes und tolerantes Land Menschen zusammengeführt hat. Nur in einem solidarischen Land halten die Menschen zusammen und sind bereit, füreinander Verantwortung zu übernehmen und sich in ihr Gemeinwesen einzubringen.

- Das Ehrenamt bereichert Brandenburg und ist ein wichtiger Pfeiler der Zivilgesellschaft. Deshalb wollen wir das ehrenamtliche Engagement weiter stärken und Ansprechstellen für Engagierte flächendeckend im Land schaffen. Außerdem werden wir die Landesfinanzierung des Jugendfreiwilligendienstes erhöhen.
- Das Ehrenamt bereichert Brandenburg und die Freiwilligen nicht zuletzt auch selbst. Bürgerschaftliches Engagement ist ein Pfeiler einer offenen Zivilgesellschaft. Deshalb wollen wir das Engagement weiter stärken. Wir haben Ansprechstellen für Engagierte geschaffen und wollen diese Netzwerkstruktur im gesamten Land ausbauen. Zudem haben wir einen landesweiten Mobilitätszuschuss für Freiwillige eingeführt, um vielen dadurch „ihr“ Engagement zu erleichtern. Außerdem erhöhen wir die Landesfinanzierung des Jugendfreiwilligendienstes.
- Demokratie muss gelebt und gelernt werden. Deshalb ist uns wichtig, dass sich Kinder und Jugendliche in politische Entscheidungen einbringen. Dazu werden wir einen Aktionsplan zur Förderung und Aktivierung von Kinder- und Jugendbeteiligung erarbeiten. Das öffentliche Eintreten von Kindern und Jugendlichen für ihre Belange wie beispielsweise die „Fridays-for-Future“-Demonstrationen begrüßen wir ausdrücklich. Die Sanktionierung von demokratischem Engagement durch Verweise, schlechte Noten oder Bußgelder halten wir für falsch. Wir setzen uns auch auf Bundesebene für ein generelles aktives Wahlrecht ab 16 ein.
- Die Gleichberechtigung aller Geschlechter erfüllen wir in Brandenburg mit Leben. Mit der Aufnahme von paritätischen Listen in das Landeswahlgesetz sind wir bundesweiter Vorreiter. Diese Regelungen gilt es, in den kommenden Jahren umzusetzen. Wir werden Frauen weiter unterstützen, sich aktiv einzubringen. Dabei schaffen wir gemeinsam mit den Kommunen Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Ehrenamt für alle Geschlechter. Für ein Mindestmaß an Vereinbarkeit und Einbindung von Beruf, Familie und Ehrenamt werden wir uns für Betreuungsgutscheine einsetzen, sodass Familien oder Pflegeangehörige darin unterstützt werden, sich politisch zu engagieren.

- Rechtsextremismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Sexismus, Trans*-, Homo- und Biphobie, Gewalt und Hass gegen Andersdenkende bedrohen unser friedliches Zusammenleben.

Seit über 20 Jahren ist das „Tolerante Brandenburg“ unser Markenzeichen im Kampf gegen Rechtsextremismus. Genauso engagiert tritt es heute Antisemitismus und Islamismus entgegen. Die Zusammenführung des „Toleranten Brandenburg“ mit dem „Bündnis für Brandenburg“ als Stabsstelle in der Staatskanzlei hat sich bewährt. Hieran werden wir festhalten.

- Das Beratungsnetzwerk aus Mobilen Beratungsteams, dem landesweiten Aktionsbündnis gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt, der RAA Brandenburg, dem Verein Opferperspektive, dem Aktionsplan „Queeres Brandenburg“, der Fachstelle Antisemitismus und der Fachstelle Islam im Land Brandenburg leisten einen unverzichtbaren Beitrag zu einer demokratischen Zivilgesellschaft.

Das „Tolerante Brandenburg“ mit seinem Beratungsnetzwerk stärken wir, um auch neuen Herausforderungen wirksam begegnen zu können. Hierfür werden wir die bestehenden Förderprogramme ausbauen und weiterentwickeln.

- Kultur- und Pressefreiheit sind elementare Bestandteile der Demokratie und für uns nicht verhandelbar. Anfeindungen von rechtspopulistischen Kräften gegen die Medien- und Kulturlandschaft in unserem Land werden wir entschlossen entgentreten.
- Wir verstehen uns als Bürgerdemokratie. Wir wollen mehr Beteiligung und Transparenz auf allen Ebenen und damit mehr Mitwirkungschancen ermöglichen. Deshalb werden wir neue Dialogstrukturen und eine direktere Kommunikation zwischen Bevölkerung und Landesregierung etablieren. Es geht uns dabei vor allem um ein organisiertes und strukturiertes Zuhören. Außerdem wollen wir die Verbindlichkeit von Beteiligungsinstrumenten erhöhen.

19. Wir wollen EIN Brandenburg, das seinen Platz im Herzen Europas hat

Brandenburg liegt im Herzen Europas. Wir profitieren von den europäischen Errungenschaften Frieden, Demokratie, Solidarität und wirtschaftliche Stabilität und bekennen uns gerade angesichts wachsender Nationalismen in Europa zu den europäischen Werten. Brandenburg kommt durch seine Lage eine wichtige Brückenfunktion zwischen Ost und West wie auch Nord und Süd zu. Brandenburg ist Metropolregion und ländlicher Raum zugleich. Damit sieht es sich das Land vielen strukturpolitischen Herausforderungen gegenüber, mit denen auch andere Regionen Europas umgehen müssen. Der Austausch und die Zusammenarbeit vor allem in Ostmitteleuropa und im nördlichen Ostseeraum ist darum eine große Chance für Brandenburg, gute Lösungen zu entwickeln.

Die europäischen Förderprogramme helfen ganz konkret vielen Brandenburgerinnen und Brandenburgern durch bessere Infrastruktur, Existenzgründungsprogramme und Weiterbildungsmaßnahmen. Wir wollen diese Mittel von der Lausitz bis hin zur Uckermark noch besser, effizienter und bürokratieärmer im Sinne der Menschen einsetzen und in Brüssel mit starker Stimme und nachhaltig Brandenburger Interessen verfolgen.

Die Zusammenarbeit mit unseren polnischen Nachbarn genießt in Brandenburg Verfassungsrang. Von jeher sind Brandenburg und Polen eng verknüpft. Wir werden die guten Ansätze der nachbarschaftlichen Kooperation mit Polen im Bereich Zivilgesellschaft, Kultur, Wirtschaft und Bildung konsequent und erfolgreich weiterentwickeln.

Wir setzen uns insbesondere für den Ausbau des grenzüberschreitenden Schienenverkehrs als auch dafür ein, dass mehr Brandenburgerinnen und Brandenburger Polnisch lernen.

Die grenznahen Regionen entlang der Oder und Neiße bilden einen gemeinsamen Verflechtungsraum, dessen Potenziale – beispielsweise innerhalb der Metropolregion Stettin – wir in Zukunft stärker nutzen und entfalten wollen. Dazu bündeln und vernetzen wir verstärkt Projekte, Ideen und Strategien.

Wir werden die Kompetenzen und Ideen im Land Brandenburg zusammenführen und die Potenziale und Chancen aufgreifen.

Brandenburg trägt Verantwortung für die Zukunft Europas und ist sich der Bedeutung der jungen Generation bewusst. Deshalb wollen wir den Austausch von Jugendlichen, Azubis und Studierenden innerhalb Europas fördern und unterstützen die Forderung der Europa-Sozialdemokratie für deutlich mehr Mittel im Programm „Erasmus+“ der Europäischen Union.

20. Wir wollen EIN Brandenburg, das für die berechtigten Interessen Ostdeutschlands eintritt

Die Menschen in Ostdeutschland haben dank gesamtdeutscher Solidarität eine große Leistung vollbracht. Darauf können sie stolz sein. Die Arbeitslosigkeit ist zurückgegangen, ja es besteht mancherorts akuter Fachkräftebedarf. Junge Leute finden heute wieder Perspektiven in ihrer Heimat. Die ostdeutsche Wirtschaft steht auf einem deutlich stabileren Grund, als es noch vor wenigen Jahren zu erwarten war. Es haben sich international wettbewerbsfähige Unternehmen entwickelt. Gleichzeitig hatte der massive Umbruch wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Folgen, die bis heute wirken. Die meisten politischen, gesellschaftlichen und sozialen Zukunftsfragen stellen sich in ganz Deutschland, treten im Osten aber verstärkt auf oder sind anders gelagert. Umso wichtiger ist es, dass Brandenburg aktiv für die Interessen Ostdeutschlands eintritt.

- Noch immer sind Ostdeutsche in den Institutionen der Bundesrepublik – in Verwaltung und Justiz, Wirtschaft und Medien, Wissenschaft und Kultur – unterrepräsentiert. Um die Repräsentationslücke der Ostdeutschen zu schließen, fordern wir eine Selbstverpflichtung von Politik, Medien, Wirtschaft, Verbänden und Justiz mit dem Ziel, mehr Menschen mit ostdeutscher Lebenserfahrung im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten in den Führungsebenen der deutschen Institutionen zu verankern. Brandenburg wird hier mit gutem Beispiel vorangehen. Im Koalitionsvertrag für die kommende Legislaturperiode wollen wir eine solche Selbstverpflichtung für Regierung, Behörden und Hochschulen festschreiben.
- Insbesondere treten wir dafür ein, dass drei Jahrzehnte nach der Vereinigung der beiden deutschen Teilstaaten endlich auch Juristinnen und Juristen ostdeutscher Herkunft zu Richtern am Bundesverfassungsgericht berufen werden.
- Neu geschaffene Einrichtungen des Bundes sollen in Ostdeutschland angesiedelt werden, bis eine prozentual annähernd gleiche Verteilung von Arbeitsplätzen in Ost und West vorliegt.
- Im heutigen Zeitalter der digitalen Gesellschaft reichen klassische Infrastruktureinrichtungen oder Errungenschaften des sozialen Ausgleichs nicht mehr aus, um eine Region attraktiv zu machen. Wir brauchen einen nachweisbaren „Vorsprung Ost“ auf wichtigen Zukunftsfeldern, der uns von anderen Regionen positiv abhebt. Erst solch ein Entwicklungsvorsprung ermöglicht es Ostdeutschland, strukturelle Nachteile wettzumachen sowie neue Industrien, neue Arbeitsplätze und Menschen dauerhaft in die Region zu ziehen. Exemplarische Felder für den „Vorsprung Ost“ sollen sein:
 - Der Ausbau von 4G und 5G muss in Ostdeutschland mit staatlicher Unterstützung bevorzugt erfolgen. Es muss einen Bonus geben für Regionen mit unterdurchschnittlicher Bevölkerungsdichte. Denkbar sind die Unterstützung der Errichtung von Funkmasten und die Einrichtung von regionalem Roaming.
 - Die ostdeutschen Länder können ein umfangreiches und flächendeckendes Labor für Elektromobilität sein. Die entsprechende Infrastruktur (wie etwa Ladesäulen) sollte hier vorbildhaft entstehen. Dazu sollen die Forschung und Entwicklung sowie Produktion von Batteriezellen als europäisches Leitprojekt in Ostdeutschland angesiedelt werden.
 - Ostdeutschland kann zu einer Modellregion für autonomes Fahren und neue Mobilitätslösungen werden. Hierzu bedarf es einer gesonderten Förderung der Forschungs- und Entwicklungsinfrastruktur durch Bund und Land.
 - Mangels Betriebsgröße spielen Forschung und Entwicklung in den Unternehmen Ostdeutschlands nach wie

vor eine zu geringe Rolle. Deshalb gilt es, Ausgaben für Forschung und Entwicklung in kleinen und mittleren Unternehmen steuerlich zu fördern, um Anreize für mehr Forschungsaktivitäten zu setzen.

- Auf dem Gebiet der künstlichen Intelligenz wollen wir einem europäischen Forschungsverbund in Ostdeutschland den Weg ebnen.
- Die Digitalisierung bietet große Chancen für ländliche Räume. Zum einen können landwirtschaftliche Betriebe dadurch effizienter und ressourcenschonender arbeiten und beispielsweise neue Vertriebswege entwickeln. Zum anderen können eine digitale Infrastruktur sowie digitale Lösungen für Mobilität, Gesundheit und Verwaltung dem ländlichen Raum neue Anziehungskraft für Menschen verleihen. Hierzu soll ein Kompetenzzentrum „Digitalisierung und ländlicher Raum“ in Ostdeutschland etabliert werden.

III. Zuhause ist Brandenburg

Mit seiner großen Stabilität und seiner beständigen Aufwärtsentwicklung über viele Jahre hinweg erscheint unser Land Brandenburg heute wie ein sicherer Hafen in aufgewühlter See. „Die Welt ist aus den Fugen geraten“, erklärte vor einiger Zeit Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier. Tatsächlich bleibt die politische und wirtschaftliche Lage rund um uns herum beunruhigend.

In diesem schwierigen Umfeld erweist sich unser Brandenburg als ein Land der Stabilität. Als ein Land der beständigen positiven Entwicklung. Als ein lebenswertes Land, in dem heute so viele Menschen wie nie zuvor ein gutes und sicheres Leben führen. Ein gutes und sicheres Zuhause in den Stürmen dieser Zeit – das ist Brandenburg heute für die allermeisten von uns.

Nie war die Arbeitslosigkeit in Brandenburg so niedrig wie jetzt. Nie waren unsere Kitas und unsere Schulen so gut ausgestattet. Und wir investieren weiter: in gute Bildung für unsere Kinder und Enkel; in gute Gesundheitsversorgung für alle; in mehr Polizistinnen und Polizisten und noch mehr Sicherheit – überall im ganzen Land; in bessere Straßen, Schienen und Radwege, damit niemand in Brandenburg abgehängt wird. Und in moderne Netze für Telefon und Internet, damit Funklöcher so schnell wie möglich kein Thema mehr sind.

An all diesen Themen arbeitet die Brandenburger SPD hart und beharrlich – für weitere Verbesserungen und für neue, noch bessere Lösungen. Wir haben schon viel geschafft – aber es gibt auch noch viel zu tun. Auf unseren Zusammenhalt in Brandenburg kommt es jetzt wieder einmal an. Auf unsere Solidarität und unser Miteinander.

Die großen Waldbrände im vergangenen Sommer waren eine erschütternde Erfahrung. Aber zugleich konnten wir wieder einmal erleben, wie alle zur Stelle waren. Nicht nur die großartigen Kameraden und Kameradinnen aus Feuerwehren und Katastrophenschutz, sondern auch zahllose Bürgerinnen und Bürger, die spontan und mitmenschlich halfen.

Genau darin liegt unsere große Kraft, genau das hat Brandenburg in den drei Jahrzehnten seit 1989 so stark gemacht: Wenn es darauf ankommt, dann halten wir zusammen – immer. Gemeinsam mit der breiten Mehrheit der Menschen in unserem Land wird die Brandenburger SPD in den kommenden Jahren alles dafür tun, dass es dabei bleibt. So zeigen wir auch den Menschenfeinden die rote Karte, die uns in Brandenburg spalten und gegeneinander ausspielen wollen.

Beschützen wir in den nächsten fünf Jahren, was wir in Brandenburg so erfolgreich aufgebaut haben! Verbessern wir, was noch weiter verbessert werden kann! Machen wir unser Zuhause Brandenburg noch sicherer und stabiler, noch moderner und vielfältiger, noch sozialer und solidarischer. Nur zusammen sind wir ein Land, nur zusammen bleiben wir EIN Brandenburg.